

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Wohlfahrt und Zeit'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 23. April 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Steuern des Hindenburg-Blocks.

Protest der Länderregierungen im Reichsrat.

Am Mittwoch befaßte sich der Reichsrat mit der Steuer- und Aufwertungsfrage. Das Steuerüberleitungsgesetz wurde mit wenigen, von der Regierung gebilligten Abänderungen ohne wesentliche Ausprüche angenommen.

Durch die Gestaltung der Tarife in den Entwürfen des Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuergesetzes und durch den Bericht auf die Erhebung einer Vermögenszuwachssteuer wird der große Besitz stark verlehrt.

Von den Parteien des Reichstags wird es also abhängen, ob noch Widerungen der Besteuerung Minderbemittelter zu erreichen sind.

Das Einkommensteuergesetz wurde nach einer weiteren Debatte angenommen, nachdem der Vertreter Bayerns seine üblichen parlamentarischen Vorbehalte in der Frage der Steuerhöhe der Länder gemacht hatte.

Zuherdem wurde das Vermögenssteuergesetz angenommen. Das Erbschaftsteuergesetz fand Annahme mit der Einschränkung, daß die in der Vorlage vorgesehene Steuerbefreiung von 5000 auf 10000 M. erhöht werden soll.

Der Kampf um den Finanzgleich.

Bei dem Gesetzentwurf über den Finanzgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Reichsfinanzminister u. Schlieffen und den Vertretern der Länder.

Der preussische Finanzminister wies darauf hin, daß die Regelung für die zweite Hälfte des Jahres 1925 im Gegen-

satz zu den Versprechen stehe, die die Reichsregierung den Ländern gegeben habe. Schließlich wurde das Gesetz über den Finanzgleich in erster und zweiter Lesung verabschiedet.

Der Vertreter Hessens erklärte darauf: Die heftige Regierung legt viel Rücksicht auf die geschwächte Finanzkraft der Länder den größten Wert darauf, daß die Beteiligung der Länder an der Einkommen- und Umsatzsteuer nicht unter das vom Reichsrat beschlossene Maß heruntergedrückt wird.

Die Aufwertung im Reichsrat.

Nach diesem interessanten Austausch kam die mit großer Spannung erwartete Auseinandersetzung über die Aufwertungsfrage, in der die Regierung ebenfalls mit den meisten Freistaaten im Gegensatz steht.

An Stelle der komplizierten Zusatzaufwertung für bestimmte erstrangige Hypotheken haben sie beschlossen, eine einheitliche allen Hypotheken zukommende 20prozentige Aufwertung treten zu lassen.

Die Regierung lehnte die Forderungen des Reichsrats größtenteils ab und Graf Behr machte als Vertreter des pommerischen Großgrundbesitzes sich zu ihrem Helfer gegen die Aufwertungsansprüche der Hypothekensäubiger.

Am Gesetzentwurf über die Ablösung öffentlicher Anleihen wurde eine ganze Anzahl von Änderungen vorgenommen. So wurde u. a. das Verhältnis der K-Schätze zur Ablösung zugunsten der Gläubiger verbessert.

Preußen stellte zwei Anträge, nämlich erstens die für Altbesitzer von Kriegsanleihen vorgesehene besondere Rechte auszudehnen auf alle Altbesitzer von öffentlichen Anleihen, zweitens die Vorteile der Vorlage auch denjenigen Kriegsanleihebesitzern zuzulassen, die nicht mehr im Besitz der Anleihen sind.

Als nun Herr v. Schlieffen erklärte, der Finanzgleich sei anscheinend noch zu günstig für die Länder und man werde nicht verstehen, das nach außen hin zu betonen, erklärte der preussische Finanzminister Höpfer-Wischoff: Die Länder haben das Recht, die Vorlagen der Reichsregierung einer Prüfung zu unterziehen, bei der sie nur ihrem eigenen Urteil und Gewissen verantwortlich sind.

Der Abschluß des Gesetzes, mit dem das Reich einen Zwang auf die Länder und Gemeinden zur Aufwertung übt, bedeutet eine Verfassungsänderung. In der Abstimmung findet dieser Abschluß die verfassungsändernde Mehrheit mit 53 gegen 11 Stimmen.

Die Todesurteile von Leipzig.

Tscheka und kommunistische Partei.

Im Tscheka-Prozess wurde, wie wir schon in einem Teil der Abendausgabe mitteilten, folgendes Urteil gefällt:

Reumann wegen Mordes in einem Falle, Verabredung in 6 Fällen, Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen § 7 Ziffer 4 und 5 des Republikstiftungsgesetzes zum Tode, 8 Jahren Zuchthaus und 500 M. Geldstrafe.

Boege wegen Mordes in einem Falle, Verabredung in 6 Fällen und Vergehen gegen § 7 Ziffer 4 und 5 des Republikstiftungsgesetzes zum Tode, 7 Jahren Zuchthaus und 500 M. Geldstrafe.

Stoblemski wegen Anstiftung zum Mord in einem Falle und 5 Fällen von Verabredung zum Mord zum Tode, zwölf Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe und Ausweisung aus dem Reichsgebiet.

Margies wegen Beihilfe zum Mord in einem Falle, Verabredung in fünf Fällen zu 15 Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe, Ehrverlust auf 10 Jahre und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht.

Rörsner zu 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus und 200 M. Geldstrafe.

Rönig zu 5 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe.

Diener zu 5 Jahren einem Monat Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe.

Lesniffe (Ehemann) zu 1 Jahr Gefängnis und 100 M. Geldstrafe.

Lesniffe (Ehefrau) zu 6 Monaten Gefängnis und 100 M. Geldstrafe.

Reus zu 3 Jahren Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe.

Ruhls zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis und 200 M. Geldstrafe.

Hute zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis und 200 M. Geldstrafe.

Hallup zu 2 Jahren Gefängnis und 200 M. Geldstrafe.

Antorf zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 200 M. Geldstrafe.

Rayer zu 6 Jahren Zuchthaus und 500 M. Geldstrafe.

Szon zu 8 Jahren Zuchthaus und 500 M. Geldstrafe.

Seitdem in Leipzig Mitte Februar der Prozess gegen die Tscheka-Organisation der kommunistischen Partei begonnen hat, hörte die 'rote Fahne' und mit ihr die ganze kommunistische Presse nicht auf, von Spigelmaiche und Spigelmaiche zu reden.

Bei den wochenlangen Verhandlungen in Leipzig kommt es für die politische Beurteilung der Ergebnisse des Prozesses gar nicht darauf an, ob diese oder jene untergeordnete Einzelheit absolut zuverlässig geschildert worden ist.

Sie haben aber nach dem Scheitern im Oktober und nach dem Verbot ihrer Partei durch General von Seekt die Hoffnung nicht aufgegeben, sie konnten natürlich an eine Stabilisierung nicht glauben, sie mußten selbstverständlich hoffen, daß eine neue Zuspühung ihnen neue Ausblicke eröffnen würde.

Der Verbot ihrer Partei durch General von Seekt die Hoffnung nicht aufgegeben, sie konnten natürlich an eine Stabilisierung nicht glauben, sie mußten selbstverständlich hoffen, daß eine neue Zuspühung ihnen neue Ausblicke eröffnen würde.

bedigen" und auf Grund dieses Befehls ist dann die Tat verübt, die in Leipzig jetzt zu drei Todesurteilen geführt hat. Von hier kamen die Anweisungen, die zu den Autofahrten durch ganz Deutschland führten.

Die KPD-Zentrale unterhielt die Tschettagruppe, sie zahlte für sie Tausende von Dollar in einer Zeit, wo hitleres Geld in Arbeiterfamilien herrschte, und sie rechnete mit der Waffe des politischen Mordes als mit einem sicheren und einwandfreien Mittel.

Kein Getuschel der „Roten Föhne“ wird diese Tatsachen verwehlen können. Die Kommunisten haben es sich selber zuzuschreiben, wenn die Arbeiter sich in Scharen von ihnen abwenden, denn niemals früher sind Mord und blutiger Terror in Deutschland als Kampfmittel der Arbeiterbewegung anerkannt.

Es bedurfte erst des russischen Einflusses, ehe auch die deutsche kommunistische Bewegung so weit auf den Hund kam. Die Begünstigung des Leipziger Urteils stellt fest:

„In der russischen Botschaft in Berlin haben gemeinsame Besprechungen mit der Zentrale der KPD und dem Revolutionskomitee stattgefunden. Bei diesen Besprechungen wurden die Mobilisierung, Parteibefehle zur Revolution, Aufmarsch und Operationspläne an Hand von militärischen Karten ausgearbeitet, um die Revolution zur Durchführung zu bringen.“

In der russischen Botschaft sind auch die Hunderttausende ausgezahlt worden, die zur Finanzierung all dieser verbrecherischen Anschläge notwendig waren. Eine Partei, die mit diesen Mitteln arbeitet, ist moralisch erledigt, sie hat den Namen „Arbeiterpartei“ verwirrt. Dabei kann man ganz davon absehen, daß in den Köpfen der Männer, die allen Erstes glaubten, im Herbst 1923 eine kommunistische Diktatur errichten zu können, eine beinahe kindliche Naivität in der Beurteilung politischer Kräfteverhältnisse festzustellen ist. Bei Sinowjew hat es glücklich sechs Jahre gedauert, bis er endlich vor einigen Wochen in Moskau zugab, daß sie sich nicht nur über das Tempo, sondern auch über den Gang der Entwicklung in Deutschland vollständig geirrt hätten. Die KPD-Führer sind immer wieder von solchen Illusionen ausgegangen und sie werden immer wieder in solche Illusionen verfallen. Den Schaden von dieser verbrecherischen Führung haben nur die Arbeiter, die diesen Phantasten nach Folge leisten.

Für die deutsche Regierung entsteht nun die ernste Frage, ob sie nicht in Zukunft dafür Sorge tragen will, daß eine ihr angeblich befreundete Regierung nicht auf deutschem Boden Nordorganisationen unterhält und den bewaffneten Umsturz mit eigens entsandten militärischen Fachmännern vorbereitet.

Das Urteil des Leipziger Staatsgerichtshofes ist hart. Man konnte nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme durchaus der Ansicht sein, daß im Fall Rauch nicht auf Mord, sondern nur auf Totschlag mit tödlichem Ausgang erkannt würde. Ein solches Urteil würde sicher dem Rechtsempfinden weiter Kreise mehr entsprechen haben. Auch im Barhimer Mordprozess, bei dem der Tatfall ganz ähnlich lag, hat der Staatsgerichtshof nicht Mord, sondern Totschlag angenommen. So widerlich und verabscheuungswürdig auch das ganze Treiben dieser Tschettagruppe gewesen ist, so kann doch der objektive Denker nicht auf die Anerkennung gewisser mildernder Umstände verzichten. Die Arbeiter, die in diese Taten verwickelt waren, standen nun doch einmal unter dem Druck eines gewissen Parteizwanges. Eine Milderung des harten Urteils, gegen das es keine Berufung gibt, müßte deshalb unbedingt auf anderem Wege erfolgen.

Die kommunistische Parteileitung hat bisher nichts getan, um den Opfern ihrer Taktik eine mildere Beurteilung zu sichern. Aber die Arbeiter, die bisher der Moskauer Parole folgten, dürften angesichts der schweren Strafen, die in Leipzig verhängt wurden, sich doch fragen, ob das Schicksal ihrer verhafteten und verurteilten Parteigenossen gemildert würde, wenn Hindenburg Präsident werden sollte!

Der Reigen der „Gemeinheit“.

Deutschnationale Reichsblockflucht.

Die in der Geheiminsignierung der Deutschnationalen angeführten „Gemeinheiten“ des Reichsblocks folgen jetzt Schlag auf Schlag. Was der Vertreter von Liegnitz in jener Geheiminsignierung gesagt hat: „Wir müssen hunds-gemeine Flugblätter herausgeben“, das wird mit größter Kaltblütigkeit und echt „nationaler“ Gewissenlosigkeit durchgeführt.

Zu den von uns schon niedriger gehängten gefälschten Plakaten und Flugblättern gesellt sich ein in den Straßen Berlins verteiltes, auf rotem (!) Papier gedrucktes Pamphlet unter der Ueberschrift: „Die „Frankfurter Volksstimme“ warn!“ Es enthält einige Sätze aus einem Artikel, den die „Frankfurter Volksstimme“ vor dem Beschluß der Partei als Meinungsäußerung aus dem Bejerkreise veröffentlichte, und fügt diesem Zitat folgende Frechheit an:

„Genossen! Das ist ein offenes Bekenntnis eines Klassenbewußten Sozialdemokraten. Laßt Euch nicht ver-schachern. Ihr wißt, was Ihr zu tun habt! Dem kulturellen Reaktionär Marx keine Stimme!“

Als Herausgeber zeichnet in Berlin „Schriftenvertrieb G. m. b. H., Berlin SW. 11“, als Drucker Hempel u. Co. Der „Schriftenvertrieb“ ist eine deutschnationale Vertriebsstelle, die Druckerei stellt die offiziell deutschnationale Zeitung „Nationalpost“ her!

Ueber die Quelle des „roten“ Flugblattes besteht in diesem Falle also sicher kein Zweifel. Die deutschnationalen Stribenten und Flugblattverteiler wagen es, jeden Wähler, also auch jeden Sozialdemokraten, dem sie das Flugblatt zustechen, mit „Genossen!“ anzureden! Eine Schamlosigkeit ohne Gleichen! Und das nennt Hindenburg: „Reinigung des öffentlichen Lebens“!

Wie uns aus Bielefeld mitgeteilt wird, sind die roten Blättchen auch dort zur Ausgabe gelangt. Aber dort zeichnet der Verlag J. G. Risling in Osnabrück, das ist der Herausgeber der deutsch-volksparteilichen „Osnabrücker Zeitung“. Herr Streemann — ist Ihnen die Fälschung bekannt, die in einer volksparteilichen Verlagsanstalt verübt wird? Und gehört die „Osnabrücker Zeitung“ etwa auch zu den in der deutschnationalen Geheiminsignierung gekennzeichneten volksparteilichen Zeitungen, die nur gegen Bezahlung Propaganda für Hindenburg, den „Reiniger des öffentlichen Lebens“, machen?

Daß Sozialdemokraten durch solche Fälschungen und „hunds-gemeinen Flugblätter“ sich einfangen lassen könnten, eine solche Annahme gehört auch zu den psychologischen Ver-rannheiten, wie sie nur schwerkapitalistische Phantasie aus-brüten kann. Sozialdemokraten lassen über das dumme Spiel und werden nur bestärkt in ihrem Vorhaben, alle Kraft einzusetzen für den Sieg des republikanischen Kandidaten!

Der Vatikan winkt ab!

Ein Kranz sonderbarer Heiliger, die sich „katholische Deutsche“ oder „Deutsche Katholiken“ nennen und damit ihren Glaubensgenossen vom Zentrum die deutsche Seinnung absprechen, liefert den Evangelisch-Deutschnationalen die Mittel-gehen, um gegen die republikanische Präsidentschafts-kandidatur Marx zu hetzen. Wie schon in der Geheiminsignierung der Deutschnationalen verraten wurde, wollte man kurz vor der Wahl mit einem gefälschten päpstlichen Ukas her-vortreten, der angeblich das Zusammengehen von Katholiken mit Sozialisten verbietet.

Jetzt muß aber selbst die „Telegraphen-Union“ aus Rom melden:

Der Kardinalstaatssekretär erklärte heute einigen Vertretern deutscher Blätter, daß aus dem gegen ein Zusammengehen von Katholiken und Sozialisten polemisierenden Artikel des „Observatore Romano“ nicht geschlossen werden dürfe, der Vatikan wolle sich in die innerpolitischen Angelegenheiten Deutschlands einmischen

oder gar gegen irgendeine Kandidatur Stellung nehmen.

Damit ist auch das nach der katholischen Seite gerichtete „hunds-gemeine“ Fälscherunfsstück erledigt und abge-tan, wie die Fälschungen nach der sozialistischen Seite schon vorher von uns aufgedeckt sind.

Hindenburg wird viel zu tun haben, wenn er die „Reini-gung des öffentlichen Lebens“ zunächst in den Reihen seiner Freunde betreiben will!

Loebell gegen Hindenburg.

Ein Unpolitischer ist ganz ungeeignet.

Eine Gruppe von Wählern hatte dem sogenannten Reichs-block einen Mann als Präsidentschaftskandidaten vorgeschlagen, der zwar in der Politik keine Rolle gespielt hat, aber sonst den Ruhm Deutschlands über Land und Meer bis nach Amerika trug. Auf den Vorschlag erfolgte, nach der „Vossischen Zig.“, diese charakteristische Antwort:

Se. Erzellenz von Loebell läßt Ihnen für Ihr Schreiben vom 20. d. M. danken. Die Kandidatur des Herrn ist bei den vorbereitenden Besprechungen in Erwägung gezogen. Jedoch ist man nach übereinstimmendem Urteil zu der Auffassung gelangt, daß ein auf dem politischen Gebiet vollkommen un-be-wandter Herr unmöglich als Reichspräsident sich zurechtfinden könne. Er wäre lediglich Puppe in der Hand seiner Umgebung, oder aber würde bei eigenem Willen einen unentzählich schweren Stand gegenüber den politischen Faktoren haben. Mehrfach dies-bezügliche Erörterungen im Auslande haben den Ausschluß bewogen, von einer Kandidatur des Herrn Abstand zu nehmen.

Hochachtungsvoll

Reichsblock.

Das ist alles ganz richtig gesagt und gedacht! Der einzige Fehler in dem Schreiben ist der, daß an der Stelle der Punkte (....) nicht, wie zu erraten war, der Name Hindenburg zu lesen ist, sondern ein ganz anderer.

Nun ist Hindenburg genau so oder noch viel mehr politisch unbewandert wie jener Herr, dessen Name durch Punkte angedeutet ist. Er ist dazu noch um mehrere Jahrzehnte älter und gar nicht mehr in der Lage umzulernen. Aber — Loebell kann auch anders, als am 20. März. Er redet jetzt sogar für Hindenburg!

Hindenburg und der Geldsack.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, die als Organ der Schwer-industrie selbstverständlich zu Hindenburg steht, läßt sich „aus Bank-kreisen“ schreiben, die die Auffassung des Generalfeldmarschalls als Präsidentschaftskandidaten habe auf die Geschäftsleute in der Lon-doner City und der New Yorker Wallstreet durchaus nicht so ungünstig gewirkt, wie es von der deutschen Links- und Sozial-pressen behauptet worden sei. Diese Geschäftsleute fragten nur nach der Sicherheit des Schuldners, die mit einer gesunden Nationalwirtschaft und mit der Konsolidierung der politischen Verhältnisse eng verknüpft sei. Das Blatt sagt weiter:

„Daß diese Konsolidierung bei der Präsidentschaft eines Mannes, der die Repräsentanten der Hauptwirtschafts-zweige in Deutschland hinter sich hat, eher verbürgt wird, als durch einen Präsidenten, der in seinen Entscheidungen mehr oder weniger von den zu sozialistischen Experimenten neigenden Wählermassen abhängig ist, dürfte auch den geschäftstüchtigen Leuten an der City und an Wallstreet klar sein.“

Hier wird also mit erfreulicher Offenheit zugegeben, daß Hin-denburg der Kandidat der Vertreter des Großkapitals, Marx aber der Kandidat der Volksmassen ist. Hindenburg würde, wenn er gewählt werden sollte, von der Schwerindustrie und vom Großgrundbesitz abhängig sein, Marx aber müßte in solchem Falle die Forderungen der wertlähmenden Bevölkerung wahr-zunehmen suchen. Die Wählermassen, denen vom Reichsblock zu-gemutet wird, ihren eigenen Heiler zu wählen, werden aus dem Bekenntnis des Unternehmerorgans am kommenden Sonnt-ag gewiß die nötigen Schlussfolgerungen ziehen!

Schuld und Sühne.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Die Ablehnung des Glanz für die Staatsoper im Landtag hat eine Krise heraufbeschworen, die deshalb sehr merkwürdig berührt, weil noch vor einigen Monaten dem Intendanten von Schilling das höchste ministerielle Vertrauen ausgesprochen worden ist. Wer die Schwierigkeiten nachdenkt, mit denen Schilling in der Reo-olution das Steuer der Oper geführt hat, und was sich erinnert, durch welche Fahrnisse persönlicher und sachlicher Art das Schiff geirrt wurde, der wird mit der Veranschaulichung des künstlerisch vornehmen Leiters der Staatsoper nicht zurückhalten können. Von diesen Affären, die Erschütterungen hervorriefen, nenne ich hier nur den Fall Bloch, den Fall Stedry, die Kroll-Oper und den pöhlischen Griff ins ungewisse der Kleiberischen Berufung. Das Engagement des Generalmusikdirektors ist an dieser Stelle auch in Zeiten bekräftigt worden, als schon fast die gesamte Presse den jungen und hochbegabten Mann als „das“ Genie der Oper pries. Schuld einer verkehrten Presse, Schuld eines gar zu folgamen Ministeriums, Schuld eines in seiner Konzilianz zu weit gehenden Intendanten, die Befugnisse des musikalischen Leiters zur Diktatur und zur Omnipotenz ausweiten zu lassen. Man wird das Gefühl nicht los, als würde Kleiber noch mehr Nachteil, und uns scheint, daß schon der jetzige zu groß ist und daß dem verantwortlichen Leiter, nämlich dem Intendanten, zu viele Instanzen Schwierigkeiten bereiten. Ueber einige Hundert-tausend Mark darf in einer Zeit, da die Stabilisierung sich gerade auszuwirken beginnt (leider auch in der unangenehmen Form der Geldknappheit) ein Mann von der außerordentlichen Leistungsfähigkeit und Arbeitskraft des Intendanten Schilling nicht holpern. Wir wollen und können nicht daran zweifeln, daß die sachlichen und sachlichen Kenntnisse des ministeriellen Beraters zu einer Einigung und zu einer gewissen Umschreibung der Einzelbefugnisse von Intendant, Kapellmeister, Regisseur und Ausstattungskünstler führen. Der Eindruck dieser Krise ist in der Öffentlichkeit ein denkbar schlechter. Den Verdacht, daß der Staat das Monopol über sämtliche Opernhäuser Berlins haben will, teilen wir nicht. Es muß schnell gehandelt werden, und man sollte so schnell als möglich dem Intendanten das Vertrauen aussprechen. Mit dieser Feststellung und diesem Wunsch hat allerdings die Beobachtung, daß die Staatsoper nicht gerade weiterflatternde Ereignisse zuwege bringt, nichts zu tun. Die Konkurrenz des künftigen Charlottenburger Opernhäuses, an deren Spitze wohl noch in dieser Woche Intendant und Musikdirektor getreten werden, kann der Staatsoper nur wohl tun.

Erst Kleiber hatte jüngst Tänze aller Meister mit einem starken Juchzen in der Philharmonie dirigiert. Montag wiederholte dieses Bespiel Bruno Walter. Auch er ist nicht der Mann selbstver-träglich tänzerischer Geste. Die Hofkapellenmusik von Schubert spielt und leitet er mit einer Behutsamkeit und mit einem Blick auf

Behutsamkeit, daß das Werk sinfonisch anmutet und daher ermüdet. Walzer von Lanner und von Strauß schweben schon viel leichter dahin, aber sie sind in ihrer Melodie und ihrer Lustigkeit doch noch mit der Erde verbunden. Auch hier ist die Klarheit, die Genauigkeit stärker sichtbar, ist die Solidität des deutschen Kapellmeisters beachtenswerter als die von Leidenschaft und Pathos losgeloste Fähigkeit, einem disziplinierten Orchester die Lebendigkeit und den Atem eines Kammerorchesters zu geben. In diesen herrlichen Melodien und Rhythmen sollte immer ein Stückchen Kaffeehaus-erinnerung nach bleiben. Eine gewisse Schwerfälligkeit war allerdings auch den an derartige Aufgaben nicht gewöhnten Orchestermusikern anzu-merken. Ueberflüssig zu sagen, daß in Einzelheiten, in Uebergängen, Tempowechsel, Glanzlichtern der überragende Musiker Walter sein Wissen und Wänschen durchsetzte, besonders als Maria Zoogün die „Geschichten aus dem Wiener Wald“, und zwar nicht in voll-endeter Form, aber mit aller Grazie und Leblichkeit eines süd-ländlichen Temperaments den Hörern ins Herz sang.

In der Freude, die hier ein großes Publikum paktete, merkte man, wie müde der Ruff die Menschen sind. Die Konzertsäle bei anderen Veranstaltungen sind schon fast ausgestorben. Immer wieder wird der Vorwurf gegen das Radiomusik-erleben erhoben. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig, zumal diese wundervolle Erfindung der bürgerlichen Bequemlichkeit außerordentlich entgegen-kommt. Die rein musikalischen Eindrücke, losgelöst von der seltsamen Betrachtung durch einen sichtbaren Menschen, sind sehr ge-teilter Art. Schuld am Ueberhandnehmen dieser Veranstaltungen, die zudem noch außerordentlich schlecht bezahlt werden, sind die Künstler selbst. Die Organisation sollte verhindern, daß Abstände mit der sicher sehr zahlungsfähigen Gesellschaft nicht für ein Butter-brot erfolgen, und daß sie überhaupt nicht mit einer für jeden schon unangenehmen Regelmäßigkeit gezeitigt werden. Konzerte mit sehr billigen Eintrittspreisen können kaum mehr regelmäßig stattfinden. Walter Fischer, der berühmte Organist des Doms, veranstaltet Orgelkonzerte an jedem Donnerstag und vermittelt den Hörern in kluger und kunstbewußter Auswahl, eindringlich spielend, die Meister-werke der Orgelliteratur. Diese Abende gehören, besonders durch die Hinzuziehung solistischer Kräfte, zu den schönsten und weisesten, die man abseits der regelmäßigen Konzerte hören kann. Sie sollten gerade von unseren Lesern, denen die Staraufmachung glücklicher-weise wenig bedeutet, besucht werden.

Zu den gekauften Kartellkonzerten gesellte sich diesmal ein ernstes Konzert, in dem der tüchtige Orgelspieler Hans Schro-eter und die lebenswichtige Sopranistin Lucia Maas ihre frische Kunst zeigten. In einem der Feiertage dirigierte Hein-rich Knapstein die Philharmoniker, ohne den guten Ruf einer technischen Begabung gerade unterfreieren zu können. Besonders seine Begleitung des D-Moll-Klavierkonzerts von Brahms war wenig schmeieglam und präzis. Allerdings ließ Irene Freimann, die Solistin, bei aller Fingerfertigkeit jede tiefe Einfühlung in das

Werk vermissen. Eine sogenannte dramatische Eintritte von Reppicht erwies sich als eine theatralisch aufgemachte Angelegen-heit, deren melodische Geläufigkeit auf das Schuldlosste Richard Wagners kommt. Man konnte von einem Spaziergang durch säm-tliche Musikdramen des Bayreuthers sprechen.

Der junge Pianist Max Bauer zeigte an seinem Beethoven-Abend bei Frühkonzerten des Meisters gefällige Sinnesart, leichte Hand und flüssiges Empfinden, ohne den Eindruck einer schon ent-wickelten Persönlichkeit zu machen. Und da das Wort Persönlichkeit gefallt ist, so wollen wir einen Augenblick aus der Gewohnheit des kritischen Denkens herausfallen und mit herzlichem Händedruck den Mann begrüßen, der seit vier Jahrzehnten in Berlin eine künstlerische und gesellschaftliche Tradition trotz zu wahren gewußt hat, das siebzehnjährige Heinrich Gräunfeld. Sein Spiel, sein Wig, sein Geist, sein Können: vivat, erescat, floreat!

Deutschland auf der Städtebaukonferenz. Aus New York wird durch Funkpruch gemeldet: In einer gemeinsamen Sitzung des amerikanischen Instituts für Architektur und den Mitgliedern der Internationalen Städtebaukonferenz sprach Dr. Stubben aus Münster über die Entwicklung der Sportplätze und der öffentlichen Parkanlagen in den deutschen Städten. Die Zahl der anwesenden Delegierten betrug über zweitausend, unter ihnen 75 deutsche Sach-verständige. Auf der Architekturkonferenz im Grand Central-Palast haben sich zwölf Länder mit mehreren tausend Darstellern beteiligt. Besonderes Interesse erregten dreihundert vollständige Pläne für moderne Einfamilienhäuser. Die deutschen Ausstellungs-gegenstände fanden allgemein eine recht günstige Beurteilung.

Die Entdeckung zweier tätiger Vulkane. Die Arcturus-Expedition des amerikanischen Naturforschers Dr. Beebe nach dem Stillen Ozean hat bereits bedeutende Ergebnisse erzielt. Wie ein Bericht Beebes in der „New York Times“ mitteilt, wurden auf der Albatross-Insel in der Galapagosgruppe zwei bisher unbe-kannte Vulkane in voller Tätigkeit entdeckt, die Beebe nach den beiden Patronen des Unternehmens Mount Williams und Mount Whiton nannte. Der Gelehrte nimmt an, daß diese Vulkan-ausbrüche, von denen photographische Aufnahmen gemacht wurden, mit den japanischen Erdbeben in Verbindung stehen. Wichtige Funde der Meeresfauna wurden bei einer riesigen Stromwall-Expedition, da wo die Panama- und Humboldt-Strömungen sich treffen. Mehr als 150 seltene und unbekannte Fischarten konnten gesammelt werden, und man fand zum erstenmal die Eier des Halbhaies, des einzigen Meereshaies in der Welt.

Opernaufführungen auf dem Podium. Die russische Sinfonische Ge-sellschaft macht zuerst ein internationales Experiment. Sie veranstaltet nämlich Lebensaufführungen, die zwar in Rollen und Kostüme, aber mit nur angelegener Dekorationen auf dem einladenden Podium von Büh-nen und Konzertsälen stattfinden. Die Aufführungen sollen die Popularisierung von Opernwerken unter den breiten Massen ermöglichen, und zwar ohne den großen Aufwand, den die Bühnengestaltung erfordern würde. In Moskau und den Provinzen von Leningrad sind bereits mehrere solche Aufführungen mit gutem Erfolg veranstaltet worden.

Volkspartei gegen Volkspartei.

„Die Zeit“ verurteilt Stresemann.

Die Volkspartei wollte die Kandidatur Hindenburg nicht. Sie hatte schwerste innen- und außenpolitische Bedenken gegen ihn. Das Organ der Volkspartei, die „Zeit“, stand deshalb nach der Nominierung des 80-jährigen Feldmarschalls, der nach seinem eigenen Eingeständnis kein Politiker ist, Gewehr bei Fuß. Sie begnügte sich damit, das der Öffentlichkeit mitzuteilen, was wiederzugeben sie die Koalitionsdisziplin zwang. Kein Wort mehr für Hindenburg; teils gegen Marx.

Diese Haltung war konsequent. Sie war ehrenwert. Nachdem sich die Volkspartei gegen die Kandidatur Hindenburgs erklärt hatte, konnte sie, ohne unehrlich zu werden, nicht für die erprobte Kandidatur eintreten. Nachdem die Freiheit der Volkspartei jahrelang unter Leitung des Ministerpräsidenten Marx innen- und außenpolitisch gemirkt hatten, konnten sie nicht plötzlich jenen schmutzigen Kampf gegen den Präsidentschaftskandidaten Marx aufnehmen, der vom Reichsblock und seinen deutschnationalen Diktatoren anbefohlen wurde. Es war durchaus folgerichtig, wenn der ehemalige Volkspartei-Minister v. Kaumer in der deutschnationalen Hindenburg-Versammlung im Lehrvereinshaus ausfuhrte:

Aus der persönlichen Zusammenarbeit mit Marx habe ich diesen Politiker hochschätzen gelernt. Ich möchte nicht, daß er persönlich beschimpft wird.

Das ist die Stimme der Wahrheit und des politischen Anstands.

Die „Zeit“ veröffentlicht nun plötzlich einen Artikel, der zu der bisherigen Haltung der Volkspartei paßt wie die Faust aufs Auge. Er überflügelt an böswilligen Verleumdungen des Präsidentschaftskandidaten Marx die schlimmsten wölfischen Hege. Und das macht ihn ungehörlich. Denn es gibt das offizielle Organ der Volkspartei dem Fluch der Lächerlichkeit in den eigenen Parteireisen preis.

Die „Zeit“ nennt den ehemaligen Ministerpräsidenten Marx nach langatmigen Berührungspunkten einen politischen unmöglichen Kandidaten, der kein Staatsmann, kein Politiker und kein Hüter der christlichen Religion sei. Ja, sie behauptete sogar, Marx habe als Reichsminister die Politik von den verantwortlichen Fachministern treiben lassen. Womit die „Zeit“ natürlich Dr. Stresemann meint. Stresemann sollte sich solche Verurteilung in seinem eigenen Organ wirklich erbitten.

Am übrigen ist die Entdeckung von der „Unmöglichkeit des Herrn Marx“ etwas plösig, nachdem dieselbe Volkspartei mit diesem „politisch unmöglichen“ Kandidaten jahrelang durch dick und dünn gegangen ist! Die „Zeit“ versteht damit der Partei, deren offizielles Organ sie ist, eine schallende Ohrfeige.

Hindenburg nennt die „Zeit“ demgegenüber einen Mann mit „staatsmännischen Fähigkeiten“ und „unveränderter geistiger Frische“. Sie sagt: „Daher er der richtige Mann ist, dessen die wir gewiß“. Weshalb sträubte sich die Volkspartei denn mit Händen und Füßen gegen die Nominierung dieses „richtigen Mannes“?

Wenn man boshaft sein wollte, könnte man dem offiziellen Organ der Volkspartei unterstellen, daß es dem Artikel Raum gegeben hat, um den Wählern der Partei die Wahl von Marx nahelegen, denn die Widersprüche des Aufsatzes sind so augenfällig, daß sie auch dem Dummsten zum Bewußtsein kommen müssen. Den Marx schlägt man und den Hindenburg meint man!

Ende der Parlamentsferien.

Am Dienstag nach der Präsidentschaftswahl.

Die Tagesordnung für die nächste Plenarsitzung des Reichstages, die am 28. April 2 Uhr nachmittags stattfindet, liegt jetzt vor. Es soll zunächst die zweite Beratung des Reichshaushaltplanes beim Etat des Reichspostministeriums fortgesetzt werden. Ferner steht die zweite Beratung des von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzesentwurfs über die Wiederaufnahme des Verfahrens gegenüber Urteilen der bayerischen Volksgerichte auf der Tagesordnung.

Der Bundtag tritt ebenfalls am Dienstag, den 28. April, nachmittags 2 Uhr, zu einer Volkssitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Wer wird das nächste Opfer?

Zum Fall Höfle.

Rechtsanwalt Walter Bahn schreibt der BS-Korrespondenz als Verteidiger der Barmats:

„Das tragische Geschick des Postministers Höfle lenkt die Augen der Öffentlichkeit auf die damit im Zusammenhang stehende Affäre Barmat. Zwei von den Gebrüdern Barmat sind aus der Untersuchungshaft entlassen und befinden sich in Berlin, ohne geflohen zu sein. In Haft befinden sich noch von allen bisher in dieser Angelegenheit Verhafteten, circa 20 Personen, nur noch Julius und Henri Barmat, alle anderen sind im Laufe der Zeit, und zwar fast immer gegen den Widerspruch der Staatsanwaltschaft, entlassen worden, teils durch die Strafammer, teils durch den Straßensatz des Kammergerichts.“

Julius und Henri Barmat sind beide schwer erkrankt, Julius Barmat vermag sehr schwer zu gehen, er wankt direkt, und zwar so auffällig, daß sogar die Gefängnisbeamten es bemerkt haben, er ist auch mitunter völlig mit seinen Nerven zusammengebrochen, ich habe ihm wiederholt den Rat gegeben, ärztliche Untersuchung zu beantragen, da ich ihn nicht für hoffähig halte. Er hat dies aber stets abgelehnt, weil er zu stolz ist, um auf diese Weise aus der Untersuchungshaft herauszukommen.“

Dagegen hat die Staatsanwaltschaft beabsichtigt, daß er durch den Medizinalrat Dr. Störmer ohne seinen Antrag untersucht wurde, offenbar, um solchen Anträgen der Verteidigung von vornherein die Spitze abzubrechen, ein Vorgang, der sich sehr selten in der Kriminalgeschichte ereignet hat.“

Bei Henri Barmat dagegen ist schon seit vielen Wochen seitens der Verteidigung die Haftentlassung mit der Begründung verlangt worden, daß bei ihm Lebensgefahr besteht.“

Wie liegt ein Gutachten des bekanntesten Herzspezialisten Professor Dr. Karl Lewin und des sehr bekannten Arztes Dr. Joseph vom 7. März 1923 vor, welches wörtlich zu folgendem Schluß kommt: „Nach alledem ergibt sich zwingend für uns bei dem Vorhandensein einer gemeinen Arteriosklerose bei einem Manne Anfang der dreißiger Jahre mit sekundärer Erweiterung des Herzens und Krankheitszeichen, die eine besondere Beeinträchtigung der Herzfunktion bedeuten, die Notwendigkeit, darauf hinzuweisen, daß bei dem Fehlen aller wirksamen Behandlungsmöglichkeiten das Stadium der Erkrankung zurzeit eine nahe, bedeutsame und nicht wieder aufzumachende Gefahr für Leben und Gesundheit des Untersuchten bedeutet.“

Trotz dieses Gutachtens hat der Untersuchungsrichter die Haftentlassung von Henri Barmat abgelehnt, weil der Gerichtsarzt,

Medizinalrat Dr. Störmer, die Haftfähigkeit bejaht hat. Auf denselben Standpunkt hat sich jetzt die Strafkammer gestellt, die seinerzeit nicht einmal den jugendlichen und ganz unbeteiligten Studenten Jaak Barmat aus der Haft entlassen wollte, so daß Beschwerde an das Kammergericht nötig wurde, mit dem Erfolge der Entlassung. Soll es nun Henri Barmat ähnlich gehen wie Höfle! Oder wird der schreckliche Tod des früheren Postministers endlich Veranlassung geben, die Haftfähigkeit von Untersuchungsgefangenen vorsichtig zu prüfen? — Henri Barmat ist am 31. Dezember 1924 festgenommen worden, seitdem geht die Untersuchung, und wann sie beendet sein wird, weiß niemand, zumal die Staatsanwaltschaft den Medizinalrat Störmer überall hinjagt, um neues Material herbeizuschaffen.“

Hindenburg?

Ein paar Worte zum Nachdenken.

Jeder Deutsche weiß, daß man seine Stiefel beim Schuster befohlen läßt und nicht beim Zahnarzt.

Jeder Deutsche weiß, daß die Rechte dazu da sind, um Kränkheiten zu heilen und nicht die Rechtsanwältin.

Jeder Deutsche weiß besonders, daß man zum Kriegsführen Generale braucht und nicht Geheimräte.

Kurz, jeder Deutsche weiß, daß jedes Handwerk von dem ausgeübt werden muß, der es gelernt hat.

Nur daß man, um Politik zu treiben, Leute braucht, die politische Bildung und politische Fähigkeiten besitzen, das weiß nicht jeder Deutsche.

Bismarck wählte es. Der tobte über die „militärischen Halbgötter“, die in die Politik hineintreten wollten, ohne davon etwas zu verstehen.

Wer nicht begreift, daß man zum politischen Führer nur den wählen darf, der etwas von Politik versteht, der ist nicht reif zur Demokratie.

Aber das ist es ja, was sie wollen! Sie wollen dem deutschen Volk eintreden, es müsse Hindenburg wählen, damit sie ihm naher beweisen können, daß es aus Ekel besteht, die nicht reif zur Demokratie sind!

Moskau gegen Thälmann!

Sinowjew verlangt die Zurückziehung der Zersplitterungskandidatur!

Der „Roten Fahne“ ist unsere Veröffentlichung der Rede Sinowjews auf der Sitzung der erweiterten Exekutive schwer auf die Nerven gefallen. Die Sachlage ist so klar, die Situation so einfach zu durchschauen, daß das ganze Geschwätz der „Roten Fahne“ sie nicht verwirren kann. Sie hat nicht den Mut, ihren Lesern die Rede Sinowjews im vollen Wortlaut mitzuteilen. Sie teilt auch nicht mit, daß diese aufsehenerregende Neuerung bereits am 4. April, also bereits vor der Aufstellung Hindenburgs als Präsidentschaftskandidat, gefallen ist. Wenn Sinowjew schon sechs Tage nach der Wahl vom 29. März, solange es sich nur um die Gegenüberstellung Barres — Marx gehandelt hat, die deutschen Kommunisten rüffel, weil sie glauben, in dieser historischen Auseinandersetzung abseits stehen zu können, wieviel mehr müssen die klügeren Drahziehler in Moskau entsetzt sein über den einseitigen Eigensinn, mit dem die deutsche Parteizentrale auch nach der Nominierung Hindenburgs noch an der lächerlichen Kandidatur Thälmann festhält.

Tatsächlich hat auch, wie uns aus gutunterrichteter Quelle berichtet wird, die Exekutive der kommunistischen Internationale die KPD aufgefordert, jetzt die Kandidatur Thälmann zurückzuziehen, um alle Kräfte der Arbeiterklasse gegen die Hindenburgfront zu sammeln. Die deutsche Parteizentrale, in der Thälmann übrigens den Linksten markiert, weigert sich aber aus Prestige-gründen, dieser Aufforderung nachzukommen.

Die kommunistische Zentrale zieht es offenbar vor, ihre Niederlage vom 29. März am 28. April in einen katastrophalen Zusammenbruch sich auswirken zu lassen. Sie fürchtet, daß ein Einlenken ihr Parteigebäude über den Haufen werfen könnte, trotzdem — wenn Berstand überhaupt bei ihren Ermüdigungen eine Rolle spielen würde — sie sich sagen müßte, daß ihr sicherer Zusammenbruch beim zweiten Wahlgang für die Partei tödlicher wirken muß als ein Verzicht auf die aussichtslose und kindlich-eigensinnige Thälmann-Kandidatur.

Was die Parteizentrale der KPD, was die linken Heiden in der Rosenhaler Straße nicht einsehen wollen, das werden dafür die kommunistischen Arbeiter einsehen. Mit oder ohne Parteibeihilfe kann es auch für den kommunistischen Arbeiter am 28. April keine andere Lösung geben, als die: Alle Kräfte geschlossen gegen Hindenburg! Und deshalb: Jede Stimme dem Republikaner Wilhelm Marx!

Stresemanns Reinfall.

Das Kölner Gericht unterstellt ihm Charakterlosigkeit.

Köln, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem erweiterten Kölner Schöffengericht hatte sich am Dienstag der verantwortliche Redakteur der „Rheinischen Zeitung“, Genosse Trimbörn, wegen Beleidigung des Reichsaussenministers Stresemann zu verantworten. Die angeblichen Beleidigungen sind nach der Auffassung der Kölner Staatsanwaltschaft in einem Artikel enthalten, der im Abwehr gegen die Stresemannschen Angriffe auf die sozialdemokratische Partei dem Reichsaussenminister den Vorwurf der politischen Charakterlosigkeit machte und bei dieser Gelegenheit von dem fleißigen Redeminiater gesprochen habe. Der gute Mann wurde außerdem als ein Gemisch von Staatsmanns-gelue und Charakterlosigkeit bezeichnet. Der angeklagte Redakteur, der von den Rechtsanwälten Landsberg, Berlin und Dr. Marum, Köln verteidigt wurde, hatte zu dem Termin einen umfangreichen Beweisantrag gestellt, den gleich zu Beginn der Sitzung Genosse Landsberg in einer im Aufbau meisterhaften, von zwingender Logik getragenen Rede begründete. Unter anderem stellte die Verteidigung unter Beweis, daß Stresemann in der inneren wie in der äußeren Politik in einer ganzen Anzahl von im Einzelnen angeführten Fällen das Gegenteil von dem getan habe, was er zu gleicher Zeit öffentlich vortrat. Landsberg erinnerte vor allem an die eigenartige Rolle, die Stresemann bei dem Zusammenkommen des Bürgerblocks und in seiner Stellung als Reichsaussenminister, bei dem Untergang der „Digmuden“ sowie bei dem Tode des amerikanischen Präsidenten Wilson gespielt habe. Alle diese Handlungen seien Beweise für die handig schwanke politische des Reichsaussenministers, die mit dem Ausdruck „Charakterlos“ nur schicklich gemündigt würde. Das Gericht beschloß nach längerer Beratung die Beweisanträge abzulehnen, weil es die vorgebrachten Behauptungen der Verteidigung als wahr unterstellt. Auch der Staatsanwalt wandte sich

gegen die Beweisanträge und beschränkte sich darauf, den Angeklagten nur wegen Formalmißbeugung zu belangen. Das Gericht billigte dem Angeklagten nicht den Schutz des § 193 zu und verurteilte ihn wegen Formalmißbeugung, besonders auch wegen des Ausdrucks „Charakterlos“ zu einer Geldstrafe von 200 Mark.

Gegen das Urteil ist von der Verteidigung sofort Berufung eingelegt worden, so daß in Kürze das Gericht wieder zu prüfen haben wird, ob der gegenwärtige Reichsaussenminister ein politischer Charakter ist oder nicht. Schon heute darf der Vermutung Ausdruck gegeben werden, daß Herr Stresemann von der Entscheidung des Kölner Schöffengerichts, das die weitgehenden Beweisanträge des Angeklagten als wahr unterstellt und das lediglich aus formalen Gründen zu einer Verurteilung kam, nicht sehr angenehm berührt sein wird. Die politische Unzuverlässigkeit des Charaktermenschen Stresemann ist durch das Kölner Gerichtsurteil gerichtsnotarisch geworden. Auch Stresemanns Charakterbild schwankt nicht mehr in der Weltgeschichte.

Ganz wie bei Kapp.

Reaktionäre Absichten haben ihnen stets ferngelegen.

Der Voebell-Ausschuß, der den General Hindenburg als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt hat, hat sich als zweite Auflage der Kapp-Regierung benommen. Es ging in seinen Sitzungen zu wie in der Kapp-Regierung. Der Kandidat des Voebell-Ausschusses, Hindenburg, scheint bei der Ausarbeitung seiner Reden und Kundgebungen die Reden des Herrn Kapps als Vorbild zu benutzen. Am 14. März 1920, am Tage nach dem Putsch, hielt Kapp vor Pressevertretern eine Rede, in der er sagte:

„Er wisse, vor welchen Schwierigkeiten er stehe, nur die Not des Vaterlandes habe ihn zu seinem Entschluß gedrängt. Unter der alten Regierung sei der Aufbau unmöglich gewesen, unter der neuen werde er möglich werden. Die neue Regierung leide unter einer Flut von Beargwohnungen. Demgegenüber erkläre er feierlich, reaktionäre Absichten hätten ihm stets ferngelegen. Mit der Republik werde er sich schon abfinden. Sobald wie möglich werde er auch zur Verfassung zurückkehren und dann betrachte er es auch als seine Pflicht, sobald wie möglich Wahlen auszusprechen.“

Da haben wir das ganze Requisit von Hindenburgs Wahlkündgebungen. Nur die Not des Vaterlandes, natürlich keine Reaktion, mit der Republik wird man sich abfinden, und natürlich, natürlich Verfassung! Alles genau wie bei Kapp, alles schon dargewesen, alles nachgemacht.

Die Absichten der Hindenburg-Kandidatur sind ja schließlich auch nur nichts anderes als Fortsetzungen der Absichten der Kappade.

Und damit die Parallele vollständig wird, wird die Kandidatur Hindenburg ebenso Flasko machen wie das Kapp-Abenteuer.

Die Lohnsteuer wird nicht ermäßigt.

Der Reichsfinanzminister vertröstet auf später.

Der Reichsfinanzminister hat Ende März ohne gesetzliche Ermächtigung die Einkommensteuer für die oberen Gehaltsempfänger und die freien Berufe selbständig ermäßigt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihn insolge dessen erucht, auch die Lohnsteuer mit Wirkung vom 1. Mai ab zu ermäßigen. Die jetzt eingegangene Antwort des Ministers lehnt die geforderte sofortige Ermäßigung bei der Lohnsteuer ab und vertröstet auf später. Die dafür angeführten Gründe sind:

Die Ermäßigung der Einkommensteuerauszahlungen der höheren Einkommen rechtfertigt der Reichsfinanzminister mit den zahllosen Stundungs- und Erlassgesuchen der Steuerpflichtigen an die Finanzämter. Wenn das eine Rechtsferligung ist, so gibt es für die Zukunft überhaupt keine Besitzsteuern mehr, weil dann alle Besitzenden solche Stundungs- und Erlassgesuche einreichen werden. Andererseits wäre das eine neue Strafe für die Lohn- und Gehaltsempfänger, die regelmäßig und ohne Murren ihren Lohnabzug entrichten.

Der Reichsfinanzminister sucht sich schließlich damit zu rechtfertigen, daß die Entscheidung über die Ermäßigung der Lohnsteuer nur vom Reichstag erfolgen könne und zwar nach Vorlegung aller Steuererlassensätze. Dann habe man sich darüber schlüssig zu machen, ob Teilweise als besonders dringlich vorweg erledigt werden sollen. Er persönlich trete dafür ein, daß das bezüglich der Lohnsteuer zu geschehen habe. Da das Reichsfinanzministerium durch diese Haltung die rechtzeitige Ermäßigung der Lohnsteuer verhindert hat, wird es mit dafür sorgen müssen, daß die Lohnsteuerermäßigung mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1923 beschlossen wird.

Auf die andere sozialdemokratische Forderung, auch den Lohnsteuerpflichtigen, die im vergangenen Jahre infolge der Erwerbslosigkeit, Krankheit, Kurzarbeit usw. Lohnausfall gehabt haben, erwidert der Minister mit dem Hinweis auf einen Erlaß vom 20. Dezember 1923. In diesem Erlaß werden die Finanzämter angewiesen, in besonderen Fällen auf Antrag des Steuerpflichtigen den steuerfreien Lohnbetrag zu erhöhen, oder die Steuer aus Billigkeitsgründen zu ermäßigen. Das ist ein ganz unzulänglicher Weg. Diesen Erlaß kennen nur die wenigsten Arbeitnehmer. Es handelt sich auch gar nicht darum, daß der steuerfreie Lohnbetrag in einzelnen Fällen erhöht wird. Das Verlangen der Sozialdemokratie geht vielmehr dahin, daß der jetzt bestehende steuerfreie Betrag auch tatsächlich allen Arbeitnehmern in voller Höhe zugute kommt. Es handelt sich ferner nicht darum, im Wege der Billigkeit einen Härtenausgleich herbeizuführen, sondern es wird gefordert, daß die zu Unrecht einbehaltenen Steuerbeträge erstattet werden.

Die Antwort des Finanzministers ist also in jeder Beziehung negativ. Der unsoziale Geist, der die neuen Steuererlasse kennzeichnet, kennzeichnet auch diese Antwort des Ministers. Weltfremdes Entgegenkommen an die Belühenden, schroffe Ablehnung und leere Versprechungen gegenüber den schwerbedrückten Massen des Volkes, das ist die Finanzpolitik der Rechtsregierung.

Präsidentenwahl und Auslandskredit.

Hindenburg als Gefahr für den deutschen Kredit.

Genf, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) Aus Zürich wird gemeldet, daß ein großes westdeutsches Industriefabrikat mit der Zentrale des Schweizerischen Bankvereins seit einigen Wochen wegen einer Anleihe verhandelt. Das Bankverbot hat jetzt unter dem Hinweis auf die unsichere Lage Deutschlands wegen der Hindenburg-Kandidatur die Verhandlungen eingeleitet.

Herriot Kammerpräsident.

Paris, 22. April. (W.B.) Im zweiten Wahlgang wurde der ehemalige Ministerpräsident Herriot mit 266 von 287 abgegebenen Stimmen zum Kammerpräsidenten gewählt. Die Opposition hatte sich wie bereits im ersten Wahlgang auch beim zweiten der Stimme enthalten. Die Kammer hat sich hierauf auf morgen nachmittag vertagt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Betriebsratswahl bei Siemens.

Sieg der Gewerkschaften, Rückgang der Gelben und der KPD.

Aus dem Siemenskonzern, dem größten Unternehmen in Berlin, das über 60.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, liegen jetzt die abschließenden Ergebnisse der diesjährigen Betriebsratswahlen vor. In den meisten Werken gelang es den Funktionären, gewerkschaftliche Einheitslisten aufzustellen, bei denen nur die gewerkschaftliche Eignung der Kandidaten ausschlaggebend war. Nur in zwei Werken, dem Dynamo- und dem Bernerwerk, die zusammen etwa 23.000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, haben die Kommunisten auch in diesem Jahre wieder eigene „Oppositionslisten“ aufgestellt. Sie sind dabei allerdings gehörig abgerückt. Im Dynamowerk haben sie von ihren 7 Mandaten nur 4 halten können, im Bernerwerk sind sie von 15 auf 9 herabgegangenen.

Von den etwa 180 Arbeiterräten im Gesamtkonzern gehören 39 der KPD an, wohingegen noch im vorigen Jahre auf den KPD-Listen 75 Kommunisten gewählt wurden. Unsere Genossen haben das Erbe der Kommunisten angetreten; sie sind von 59 Mandaten im Vorjahre auf 37 gesunken. Die Zusammensetzung der Betriebsräte im Siemenskonzern bringt es mit sich, daß unter den diesjährigen Betriebsräten auch 50 Mann sind, die nicht eingeschriebenes Mitglied der Partei sind, die aber ihrem ganzen Verhalten nach und nach ihren Erklärungen, die sie bei den Listenaufrufen abgegeben, alle zur Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung und auch zur Sozialdemokratie halten.

Die in den Siemenswerken besonders liebevoll gepflegten gelben Unternehmerratsmitglieder haben von ihren 11 Mandaten nur 9 halten können; das Geld, das für die Fütterung der Gelben von dem Unternehmen ausgegeben wurde, hat sich also nicht rentiert. In einigen Abteilungen des Konzerns, so im Verwaltungsgebäude der Siemens-Schubert-Werke, im Technischen Bureau Siemens u. Halske, Berlin, in der Hausverwaltung Schöneberg und im Forschungslaboratorium sind reine Gewerkschaftslisten aufgestellt worden, deren Kandidaten sich ausschließlich aus Anhängern der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung zusammensetzen. Hier haben die Kommunisten überhaupt nichts zu sagen. In der Bauhalle, der Bauleitung, im Bootwerk, in der Eisengießerei, im Kleinbaumwerk und auch im Bernerwerk sind in den neuen Betriebsräten unsere Genossen in ganz erheblicher Zahl vertreten als bisher.

In Charlottenburg Wert mit Holzwerk entfielen auf die Einheitsliste SPD. 8 gegen 4 Mandate, während die Kommunisten von 8 Mandaten 3 verloren und die Gelben 1 Mandat von 2. Die KPD erhielt 4, der Gedag 1 Mandat.

Die in den Kfz.-Verbänden organisierten Angestellten haben bei den diesjährigen Wahlen zu den Angestelltenräten verhältnismäßig gut abgeschnitten. Sie konnten ihre Mandatszahl um einige erhöhen, während die Deutschnationalen, die bei Siemens eine besondere Rolle spielen, von 37 auf 31 Mandate zurückgegangen sind. Zufallsmäßig kann gesagt werden, daß die Betriebsratswahlen im Siemenskonzern nicht nur unserer Partei, sondern auch dem freigewerkschaftlichen Gedanken ausgezeichnete Erfolge gebracht haben.

Der Streik der Leitergerüstarbeiter.

Der Deutsche Verkehrsband schreibt uns: Der Streik geht unheimlich weiter. Die Arbeitgeber versuchen jetzt in den Reihen der streikenden Gerüstbauer dadurch Verwirrung hervorzurufen, daß sie das Gerücht verbreiten, die Organisation habe eine Verhandlung am Montagabend abgelehnt. Richtig ist, daß unseren Vertretern, als sie am Montagabend nach dem Bureau des Vorsitzenden Herrn Gregor hinkamen, ihnen von Herrn Gregor mitgeteilt wurde, daß er sie nur zu einer unverbindlichen Aussprache geladen habe, um einen Weg der Verständigung zu finden. Aber bis jetzt ist leider noch nicht bekannt, wann die nächste Verhandlung stattfinden kann. Die Arbeitgeber haben eine Versammlung nach der Köthener Str. 38 zu heute abend einberufen, um sich zu verständigen, wann sie mit uns verhandeln wollen; abends 7 Uhr wollen sie uns das telefonisch mitteilen.

Kollegen! Haltet fest zusammen und laßt Euch nicht irre führen durch die Angaben der Arbeitgeber. Sollten die Unternehmer sich zu Verhandlungen nicht bereit erklären, dann wird der Kampf verschärfte Formen annehmen.

Der Streik der Maßschuhmacher.

Die Berliner Maßschuhmacher stehen nunmehr in der vierten Streikwoche. Am Sonnabend beschlossen die Streikenden, mit den Arbeitern erneut in Verhandlungen zu treten, was denn auch am Sonntag, den 19. April, geschah. Die Vertreter der Streikenden erklärten sich im Interesse einer Verständigung zu weitgehenden Konzessionen bezüglich ihrer Forderungen bereit. Die Meister dagegen schlugen einen Stundenlohn von 98 Pf. vor, etwas weniger noch, als der Schlichter seinerzeit vorgeschlagen hatte. Die Vertreter

der Arbeitgeber zeigten damit, daß sie nicht zur Verständigung bereit sind. Sie nehmen vielmehr den Standpunkt ein, daß eher ihre Geschäfte zugrunde gehen mögen, als daß sie den Arbeitern einen auskömmlichen Lohn zahlen.

Die Versammlung der Streikenden am 20. April lehnte das Angebot der Meister einstimmig ab. Die Versammlung der Meister am gleichen Tage aber hielt es nicht einmal für notwendig, über den Gegenwortschlag der Schlichter abzustimmen. Dabei handelte es sich um eine Differenz von 2 Pf. in der Stunde, die bei Preisen von 80 bis 100 M. für ein Paar Schuhe oder

Selbst Sinowjew fordert auf...

Für die Gewerkschaften, insbesondere aber für die noch der kommunistischen Partei angehörenden oder noch mit ihr sympathisierenden Gewerkschaftsmitgliedern ist beachtenswert, welche Stellungnahme Sinowjew

zur Wahl des Reichspräsidenten am Sonntag eingenommen hat. Er jagte am 4. April:

„Für den Klassenkampf des Proletariats ist die bürgerliche Republik ein günstiger Boden als die Monarchie... Wir müssen... begreifen, daß das Proletariat bei der Wahl zwischen der bürgerlichen Republik und der Monarchie nicht gleichgültig beiseite stehen darf.“

Der „Vorwärts“ mußte erst diese Rede Sinowjews am Dienstag abend veröffentlichen, um die „Rote Fahne“ zu zwingen, sie am Mittwoch wiedergeben. Die „Rote Fahne“ bemerkt dazu, Sinowjew habe damit nur das gesagt, was jeder Marxist und jeder wirkliche Sozialist als richtig anerkennen muß.

Trotzdem sucht die KPD-Zentrale ihre gänzlich ausichtslose Sonderkandidatur aufrechtzuerhalten, nur um aus Haß gegen die Republik, aus Haß gegen die Sozialdemokratie der monarchistischen Reaktion in die Hände zu arbeiten.

Zu einer solch schmachvollen Rolle darf sich kein Arbeitnehmer, kein Gewerkschaftsmitglied hergeben! Für uns alle kann es am Sonntag nur eins geben: für die Republik!

für Marx zu stimmen!

Streit wirklich keine Rolle spielt, zumal nur die Hälfte dieser Preise auf Arbeitslohn und Material entfällt.

Den Maßschuhmachern bleibt weiter nichts übrig, als den Streik fortzusetzen, und zwar in verschärfter Form. Alle Kollegen und Kolleginnen werden aufgefordert, den Kampf weiterzuführen, strengste Disziplin zu üben und der Streikleitung ihre ganze Kraft zur Verfügung zu stellen. Wollen die Arbeitgeber ihren Machtpunkt durchzusetzen, müssen die Arbeiter sich nach besten Kräften dagegen wehren. Sie werden durch die verschärfte Fortsetzung des Kampfes die Unternehmer zur Einsicht und zum Nachgeben bringen.

Die Maler bei der Straßenbahn im Streit.

Wegen Lohnunterschieden haben die Maler und Lackierer in der Hauptwerkstätte der Berliner Straßenbahn die Arbeit niedergelegt. Die Kollegen werden ersucht, in diesen Betrieben keine Arbeit anzunehmen.

Verbindliche Schiedssprüche für Wandschlosser.

Wie wir kürzlich mitteilen, ist dem neuen Manteltarifvertrag von den Arbeitnehmern der Bau-, Möbel- und Geschichtshandwerkereien zugestimmt worden; das Lohnabkommen wurde wegen der geringen Zulagen und der langen Geltungsdauer abgelehnt. Die Arbeitgeber haben dagegen in ihrer Generalversammlung den Tarifvertrag abgelehnt. Vom Metallarbeiterverband ist daraufhin die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Bei den Einigungsverhandlungen stellten die Unternehmer den Antrag, auch das Lohnabkommen für verbindlich zu erklären. Die Organisationsleiter versuchten eine Herabsetzung der Geltungsdauer durchzusetzen, mochten die andere Partei sich mit Erfolg wehren. Der Schlichter hat daraufhin beiden Anträgen stattgegeben und den Manteltarifvertrag sowohl als auch das Lohnabkommen für verbindlich erklärt. Eine Branchenversammlung hat davon Kenntnis genommen.

Achtung, Klotzwerker! Bei der Firma Bamberg u. Co., Berlin, Waldemarstraße und Musterhäuser Straße, wurden Abzüge vorgenommen. Keine Kollegen dürfen dort in Arbeit treten. Deutscher Holzarbeiterverband. Die Ortsverwaltung.

Entlassungen bei der „Germania“-Werft.

Kiel, 22. April. (Zl.) Der überaus ungünstige Stand der deutschen Schiffswerften zwang die „Germania“-Werft in Kiel 200 Angestellte, zumeist technisches Personal, zu entlassen. Unlängst sind bereits 50 Meister entlassen worden.

Die Aussperrung in der Breslauer Metallindustrie.

Breslau, 22. April. (Zl.) Die Aussperrung hat sich weiter ausgedehnt. Bis heute sind rund 8000 Metallarbeiter ausgesperrt und 34 Großbetriebe stillgelegt worden. Vorläufig besteht keine Aussicht auf Verständigung. Die Arbeitnehmer erklären, erst in Verhandlungen einzutreten zu wollen, wenn ihnen in der Lohnfrage Zugeständnisse gemacht werden, was die Arbeitgeber ablehnen.

Sicherheitsmännerwahl im Saarbergbau.

Saarbrücken, 22. April. (Zl.) Die heutigen Wahlen der Sicherheitsmänner im Saarbergbau haben folgendes Ergebnis gehabt: Verband der Bergarbeiter Deutschlands 107 Mandate mit 13.810 Stimmen, Gewerkschaften christl. Bergarbeiter 95 Mandate mit 12.985 Stimmen. Für den Sonderbündlerischen Saarbund wurden 41 (!) Stimmen abgegeben. Diese von dem französischen Propagandadienst ausgezogene Bewegung, die bei dem großen Bergarbeiterstreik im Frühjahr 1923 vergeblich die Einheitsfront der 100 Tage im Auslande stehenden Saarbergleute zu sprengen versuchte, kann daher als völlig zusammengebrochen gelten. Bezeichnend für die Beachtung, die der „Saarbund“ mit seiner Parole: „Das Saarland den Saarländern“ in der Bevölkerung seinerzeit gefunden hat, ist der Umstand, daß er auch bei den Wahlen zum Landesrat kein Mandat erhalten konnte.

Die österreichischen Gewerkschaften.

Der Bericht der Reichsgewerkschaftskommission ist soeben erschienen. Er enthält folgende Feststellungen: Die Zahl der Vollzähler, der Mitglieder, die volle 52 Wochenbeiträge oder 12 Monatsbeiträge entrichtet haben, läßt deutlich die zahlenmäßige Stärke der Gewerkschaftsbewegung erkennen. Nachfolgende Zusammenstellung zeigt die Entwicklung der Vollzähler seit dem Jahre 1919. Es betrug

im Jahre	die Zahl der Vollzähler	der Rückgang	der Zuwachs
1919	878.881	—	115.573
1920	777.555	—	393.204
1921	641.859	129.226	—
1922	850.894	—	208.785
1923	714.115	136.279	—
1924	687.876	26.739	—

Die der Gewerkschaftskommission angehörenden Zentralverbände haben also im Jahre 1924 einen Rückgang von 26.739 Vollzählern zu verzeichnen. Diese Abnahme ist durch die verschärfte Wirtschaftskrise gegen Ende des Berichtsjahres erklärlich. Ist doch die Zahl der Arbeitslosen im vierten Quartal 1924 allein um 74.882 gestiegen. Freilich werden jetzt wieder so wie in den früheren Jahren die Gegner der freien Gewerkschaftsbewegung vor Wonne über die „Rollenverluste“ oder die „Krise“ der freien Gewerkschaften strahlen. Sie mögen sich mit dem läppischen Argumenten trösten wie sie wollen. Fest steht jedenfalls die Tatsache, daß trotz der sprunghaften Steigerung der Arbeitslosenziffer im vierten Quartals der Rückgang der Vollzähler im Jahre 1924 ein wesentlich kleiner zu nennen ist. Im Berichtsjahre 1925 hat bereits eine ansehnliche Anzahl von Gewerkschaften eine Zunahme an Vollzählern zu verzeichnen. Es hat sich also schon bei diesen Verbänden bemerkt, was im Vorjahre im Bericht in dieser Beziehung gesagt wurde: der Mitgliederzuwachs ist nur vorübergehend, und er wird in dem Augenblick, wo sich unser Wirtschaftsleben gebessert hat, wieder weitgemacht werden.

Achtung, SPD-Fabrikarbeiter!

Seit heute in allen Betrieben die Wahlvereinsversammlungen stattfinden. Auf der Tagesordnung steht die Wahl der Kandidaten zum Betriebsrat und zum Gewerkschaftsverband. Es ist notwendig, daß alle unsere Anhänger diese Versammlungen besuchen und den kommunistischen Helfern die richtige Antwort geben. Tut jeder seine Pflicht. Der Wahlleiter.

Streikversammlung der Köppler morgen Freitag, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftsbaus, Saal 4. Streikliste aber Mitgliedsbuch lesen!

Bausparverband, Kaserne Gieseler. Der Lohn für Gieseler beträgt ab 11. April 1,10 M. pro Stunde. — In der Versammlung am 20. April ist eine Liste mit drei Wählern gefunden worden. Wählern im Zimmer 55.

Reparaturamt für Textil: Ernst Krüger, Wirtshaus, Wilhelm-Gesellschaft, Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Salfer, Realisation Dr. John Schindler, Cöln und Confians: Felix Ratzki, Anstalt Dr. Glöck, sämtlich in Berlin. Berlin: Formis-Bering G. m. b. H., Berlin. Druck: Formis-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Post-Eimer u. Co., Berlin SW 8, Lindenstraße 2. Hierzu 3 Beilagen und -Unterhaltung und Wiken“.

Sophien-Säle Sophienstraße 17-18. Norden 9296 • Norden 12643 Säle frei!

Billige Hosenentage!

- Serie I Herrenhosen aus festem schwarz und grau gestreiften Stoffen 4.25
- Serie II Gestreifte Hosen aus Satinstoff, in verschiedenen Streifenmust. 6.—
- Breeches aus gestreiftem u. kariertem Homespun 6.—
- Serie III Bestreifte Hosen a. starken Gladbacher Satinstoff in verschied. Dessins 8.—
- Serie IV Breeches a. dunkelbraunen u. grauen Kordstoffen 11.—
- Gestreifte Hosen aus kammgarnartigen Stoffen in geschmackvollen Streifenmustern 11.—
- Manchesterhosen lang oder Breeches 11.—
- Serie V Breeches aus grauen und modelfarbigem Feinkordstoffen 14.—
- Knickerbocker aus englischer Art gemusterten Kordbuser Stoffen 14.—
- Gestreifte Hosen, Marke „Bärenfest“, aus Kordbuser Stoffen in grau u. Streifenmustern 14.—



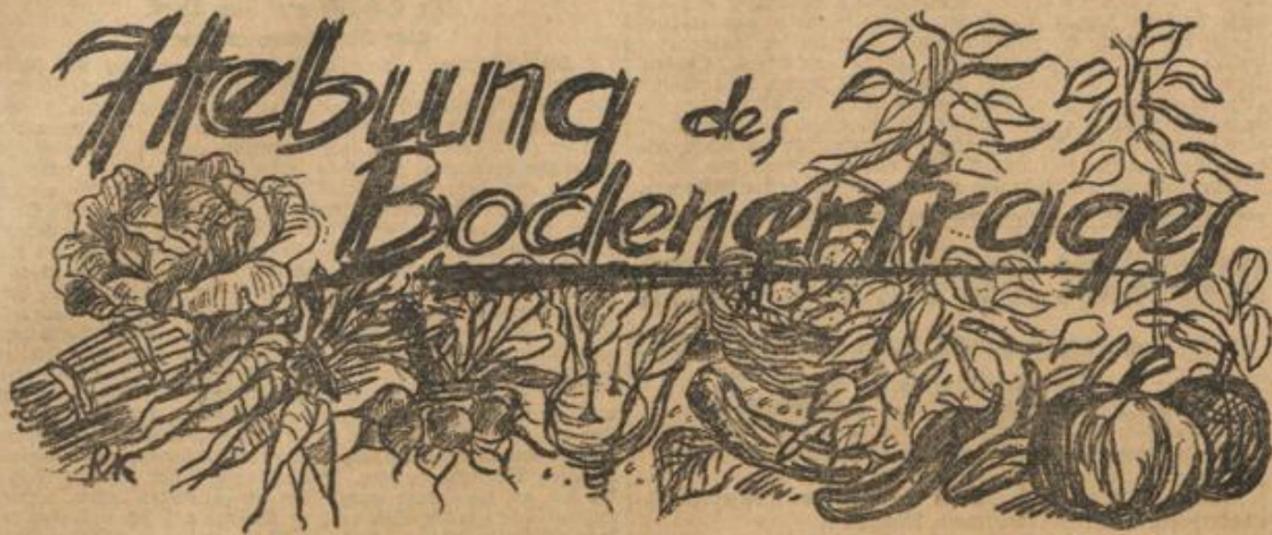
- Serie VI Cut-Hosen aus elegant gestreiften kammgarnartigen Stoffen 16.50
- Breeches aus festem Kord- und englisch kariertem Stoff 16.50
- Serie VII Maßersatz, Aachener Fabrikat, eleg. Streifenmuster, vorzüglicher Sitz 22.50

- Jünglingshosen kosten 10% weniger, Bauernhosen 10% mehr als normale Größen
- Knabenhosen Größe 7 u. 8, aus karierten, gestreiften Homespun und einfarbigen Stoffen 2.40
- Leibchenhosen Größe 1-6, aus verschiedenartigen Stoffen 2.40 an
- Manchester-Schulhosen Größe 4-6 5.—
- Manchester-Breeches Größe 1-3 5.—
- Segler-Hosen, weiß Satin 12.—, 10.—, 6.—
- Tennishosen, weiß Körper 7.50, 6.—
- Fußbundschnitt, je nach Qualität u. Art 20 19.50, 16.50, 13.—

Frühjahrmäntel, Jacken- und Sportanzüge, Gummimäntel, Windjacken, Leder- und Wassersportkleidung in großer Auswahl fertig am Lager. Unser neuester Katalog ist erschienen und wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

BAERSOHN A. G.

Chausseestraße 29-30



Die großen technischen Fortschritte des vorigen Jahrhunderts gaben auch in der Landwirtschaft zu mächtigen Neuerungen Anlaß. Liebt's gewaltige chemische Düngungsformen um 1850 sicherten die Kontinuität des Ertrags durch die Möglichkeit, die erschöpften Böden stets neu aufzurichten zu können. Jedoch waren alle Versuche, die auf eine Steigerung des Bodenertrags gerichtet waren (Bestrohlungsapparate usw.) mit wenig Erfolg gekrönt. Auch die besten landwirtschaftlichen Maschinen konnten nichts an der wohlbegründeten Ansicht ändern, daß auf kurz oder lang die Ernten dem Wachstum der Bevölkerung nicht Schritt halten werden, und erst unlängst rechnete der Berliner Geograph Penck aus, daß, wenn keine umwälzenden Neuerungen in der Landwirtschaft eintreten, in Europa der Nahrungsmittelpelraum in 300 Jahren erschöpft sein wird.

Die Popoff'sche Methode.

Dieses Stimmungen bereitet ein jähes Ende die Entdeckung eines berühmten bulgarischen Gelehrten, dem es nach jahrelanger Forschungsarbeit gelang, Mittel ausfindig zu machen, die eine beträchtliche Steigerung der Bodenproduktion ermöglichen. Prof. R. Popoff, Sofia, der Gesandte Bulgariens in Berlin, ein weltbekannter Forscher der Lebensvorgänge bei Pflanzen, hatte bereits vor Jahren auf Grund rein theoretischer Erwägungen erkannt, daß Stoffe, die den Zellen lebender Organe Sauerstoff entnehmen und dadurch einen gesteigerten Sauerstoffhunger in der Zelle hervorrufen, die ganze Vitalität der Zelle anspannen und Wachstumskräfte zur Entfaltung bringen, die normalerweise nur zum Teil in Erscheinung treten. In welcher Weise diese Reizung (Stimulation) der Zellen möglich ist, beweisen Versuche mit einzelligen Tieren. Stimulierte Tiere teilen, d. h. vermehren sich zwei- bis dreimal rascher als ungeritzte derselben Art. Praktische Bedeutung erhielten diese interessanten Versuche, als man zur Stimulierung der Samen von Kulturpflanzen überging. Die Wachstumskraft der Pflanzensamen durch Einweichen in Lösungen einfacher Sauerstoffentziehender Stoffe zu erhöhen, zeigte ganz vorteilhafte Wirkungen. Gelungene Laboratoriumsversuche drängten bald zu Versuchen draußen im Felde. In verschiedenen Gegenden Bulgariens wurden Versuche mit Reis, Baumwolle, Tabak usw. unternommen. Alle Pflanzen zeigten ein erhöhtes Wachstum, das zu einer Steigerung der Erträge von 20-30 Proz., ja in manchen besonders günstigen Ausnahmefällen auch über 50 Proz. führte. Die Früchte waren üppiger und größer an Zahl und zeigten größere Gesundheit. Als Prof. Popoff nach Deutschland kam, hatte er hier auf verschiedenen Gütern stimulierte Weizen, Hafer, Roggen, Lupinen, Hafer, Gerste, Zuderrübenjamen usw. pflanzen lassen. Die Ernte zeigte bei diesen, aber besonders bei verschiedenen Gemüsesorten oft eine bedeutende Ertragssteigerung. Der Dozent an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Breslau, Dr. Gleisberg, der als erster in Deutschland den Popoff'schen Gedanken aufgegriffen und ausgebaut hat, erzielte bei Kartoffeln,

dieser für die Volksernährung so wichtigen Pflanze, große Ausfichten ersöhnende Resultate. Überall wurden zur Kontrolle unstimulierte Pflanzen gezüchtet, wodurch der große Unterschied zwischen behandelten und unbehandelten Pflanzen sich genau kontrollieren ließ und auch dem oberflächlichsten Blicke die Wirkung der Stimulation be-



a) stimulierte, b) nicht stimulierte Pflanzen.

monstrierte. Schreiber dieser Zeilen konnte auf einem Gut bei Dranenburg stimulierte Felder und Gemüsegärten sehen und feststellen, daß die Früchte bei verschiedenen Pflanzen größer als diejenigen der Kontrollpflanzen bestanden. Im Geschmack stand dies künstlich geförderte Gemüse nicht hinter dem anderen.

Die Behandlung der Pflanzensamen

Ist sehr einfach und billig. Verschiedene Samen werden in verschiedene, spezifische Lösungen von einfachen Salzen über eine bestimmte Zeit eingetaucht und dann zur Saat wie gewöhnliche Samen verwendet. Dieses Verfahren ist dadurch jedermann zugänglich und wird sichtlich

von jedem Laubebesitzer verwendet werden. Ueber die weltwirtschaftliche Bedeutung der Pflanzenstimulation sprach sich Prof. Popoff jüngst im Weltwirtschaftsinstitut in Leipzig aus. Ohne übertriebenen Optimismus zu hegen, glaubt man auf Grund der bis jetzt erzielten Erfahrungen mit einer durchschnittlich 20- bis 30prozentigen Steigerung der Weltweiten mittels Stimulation als Minimum rechnen zu dürfen. Daß sich dies in den Preisen der Lebensmittel auswirken wird, ist selbstverständlich und versteht der Popoff'schen Entdeckung eine große Bedeutung. Es ist zu hoffen, daß die Steigerung des Bodenertrags und die dadurch entstehende Konkurrenz die Vormacht- und Monopolstellung der Agrarier schwächen wird und der landwirtschaftliche Mehrertrag allen Schichten der Bevölkerung zugunsten sein wird.

Die praktische Gestaltung.

Im Anschluß an obige allgemeine und wissenschaftlich begründete Ausführungen sei noch hinsichtlich der praktischen Gestaltung folgendes bemerkt: Um für die bequeme Handhabung und Sicherung des Erfolges brauchbare Resultate zu haben, mühten eingehende Versuche angestellt werden, die sich auf die Auslese der jeweils am günstigsten wirkenden Stimulation und auf die Dauer ihrer Einwirkung auf den Samen beziehen. Die Stimulation ist kein Wundermittel, sondern muß auf alle Besonderheiten der Samen Rücksicht nehmen. Die Durchbringung der Samenhäute durch die Chemikalien ist sehr verschieden; danach richtet sich wieder die Zeitdauer der Stimulation. Auch die Frage der richtigen Konzentration der anzuwendenden Flüssigkeit ist von der größten Bedeutung. Der Zweck der von Prof. Popoff erfundenen und der Allgemeinheit zur Verfügung gestellten Stimulationsmethode: dem kleinen wie dem großen Landbesitzer ein sicher wirkendes und leicht anwendbares Mittel an die Hand zu geben — kann nur durch eine sehr umfassende Versuchstätigkeit erzielt werden. Erfreulicherweise sind solche Versuche schon in hinreichender Anzahl durchgeführt, wenn auch noch nicht in dem Sinne abgeschlossen, daß man nun sagen kann: diese so beschaffene Lösung ist bei einer bestimmten Zeitdauer der Einwirkung für Kohlensamen, jene für Rüben oder Kartoffeln die denkbar günstigste. Als an einem Beispiel dies darzulegen, sei folgender Versuch mit Frühweißkohl erwähnt, der in Marlee ausgeführt wurde. Es wurden Flächen mit unbehandelten Pflanzen und solche mit stimulierten Pflanzen bestellt. Für die Stimulation wurden nun wieder verschiedene chemikalische Mittel, wie Magnesiumchlorid, Magnesiumsulfat, Mangankupfer, Kaliumjodid, Glyzerin usw., benutzt und jedes dieser Mittel dreifach angewendet, indem man verschiedene Zeiten der Einwirkungsdauer nahm. So konnten eine Reihe von Versuchsergebnissen festgestellt werden, die das erforderliche Resultat einer allgemeinen Ertragssteigerung gaben, aber in einzelnen große Schwankungen aufwiesen, so daß es klar ersichtlich wurde, daß für jedes Mittel eine Zeitdauer besteht, die den günstigsten Erfolg gewährleistet. Bei einzelnen Mitteln zeigte die längere Behandlungsdauer eine steigende, bei anderen eine abfallende Wirkung. Man wird hieraus erkennen, daß das Problem nicht im Handumdrehen gelöst werden kann, daß aber schon jetzt der Einführung der Stimulation in Klein- wie Großbetriebe auf Grund der stattgehabten Versuche das Wort geredet werden darf. Gerade hinsichtlich der Wirkung auf Gemüsesamen sind durchweg günstige Resultate erzielt worden, so daß die sich gebildete, mit der Weiterführung der Versuche in großem Maßstabe betraute Gesellschaft für Stimulation (Berlin, Schadowstr. 4) in der Lage ist, zu billigen Preisen (60 Pf. bis 1 M.) Gemüsesimulationen abzugeben; desgleichen auch für Feldfrüchte. Die bisherigen Versuche haben nun ergeben, daß eine Verwendung von zwei Simulationen am vorteilhaftesten ist. Die Gemüse sind in drei Gruppen eingeteilt: 1. alle Kohlsorten, Röhren, Spinat, 2. Erbsen, Bohnen, Gurken, Tomaten, Mohr, 3. Salat, Radies, Zwiebel u. a. m. Für jede Gruppe sind nun zwei Simulationen ausfindig gemacht. Wie verschieden die Handhabung ist, zeigt eine Betrachtung der Einwirkungszeit: sie beträgt z. B. bei Bohnen 10 Minuten, bei Kohlsorten für das eine Stimulationsmittel 5 Stunden, für das zweite 2 Stunden. Eine genaue Gebrauchsanweisung zeigt den Gang des Verfahrens deutlich an.

Die Arbeit der Versuchstationen.

Für diesen Sommer sind an 1000 Versuchstationen errichtet worden, so daß reiche Gelegenheit vorhanden sein wird, um in praktischer Anwendung, und zwar in verhältnismäßig großen Feldern wie in wechselfeldigen Böden, die weiteren Fragen, die durch das Stimulationsproblem hervorgerufen werden, ihrer Lösung entgegenzuführen. Hierher gehört vor allem die Frage nach der Wirkung der im Boden vorhandenen Düngesalze sowie der natürlichen und künstlichen Düngung. Mit Recht betont einer der eifrigsten Mitarbeiter an der Popoff'schen Schöpfung, Dr. B. Gleisberg in Breslau,

Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

Frau Strong'nith'arm blühte sie verblüfft an. „Wie ist das möglich? Er hat nicht einmal mit mir davon gesprochen.“ Betty lächelte. „Woher wissen Sie es dann? Er schrieb mir, daß die Coombers zurück seien.“ „Es ist seltsam, wie die Liebe den Instinkt schärft.“ meinte Frau Strong'nith'arm. Böslich beugte sie sich vor, ergriff Betty's Hand. „Halten Sie ihn zurück, ehe es zu spät ist!“ Sie fühlte, wie die Hand des Mädchens in der ihren zitterte. „Ich denke dabei nicht an Sie.“ fügte Frau Strong'nith'arm hinzu. „Tun Sie es ihm zuliebe. Retten Sie ihn!“ „Wie kann ich es?“ fragte Betty. „Was verlangen Sie von mir? Soll ich etwa vor ihm hinknien, um Mitleid bitten?“ „Nicht um Mitleid, um ein ehrliches, anständiges Vorgehen. Baden Sie ihn bei seiner Ehre, auf die hält er viel; sie ist seine Religion, die einzige Religion, die er besitzt. Er gehört Ihnen, nicht ihr. Läuft er Ihnen denn nicht schon jahrelang nach? Schuldet er nicht alles Ihnen? Alle Möglichkeiten, alle Chancen? Kann er das vergessen? Hat er Sie nicht kompromittiert? Alle wissen um die Sache, glauben bestimmt, daß er Sie heiraten wird. Was wollen Sie tun, wenn er Sie jetzt sitzen läßt? Wenn Sie zugeben, daß diese himmlische Puppe, nur weil sie eine weiße zarte Haut hat...“ „Schweigen Sie, Schweigen Sie!“ Betty schnellte auf. „Was für einen Sinn hat das? Was für ein Recht habe ich?“ „Was für ein Recht?“ wiederholte Frau Strong'nith'arm. „Sie haben ihn lieb, das gibt Ihnen ein Recht. Sie sind wie für ihn geschaffen, die Gefährtin, wie die Bibel sagt. Glauben Sie, ich kenne Anthony nicht? Was würde die andere für ihn tun? Sie würde nur sein Geld für Luxus und Verschwendung hinauswerfen. Was weiß diese Klasse mit Geld anzufangen? Sie wirft damit herum, und ist es ausgegeben, so lacht sie über den, der es verdient hat. Was weiß diese Klasse von den Mähen und dem Schweiß, der am Gelde klebt? Und was würde ihm bei dieser Sache zufallen? Er müßte die ganze Bettlerfamilie erhalten, sich für sie tot arbeiten, und sie würden ihn verachten, auf ihn herunterschauen. Mit welchem Recht...?“ Ihre Stimme wurde zum Schrei. Betty hob warnend die Hand. Frau Strong'nith'arm beherrschte sich und fuhr leise, fastig fort: „Mit welchem Recht drängt sich dieses Mädchen im letzten Augenblick in unser Leben, verdirbt alles, um einer klüchtigen Dame willen? Wir kennen diese Art der Liebe, wissen, wie lange sie währt, was nachher kommt. In diesem Fall wird zuerst sie selber überdrüssig

werden. Seine Treue wird sie langweilen. Er kennt nicht die Affenriffe, die diese Frauen anziehen. Emporkömmling, Armenkind, das wird sie ihm an den Kopf werfen, wenn irgendein parfümierter Lasse ihr Wohlgefallen erregt. Ich sage es Ihnen, ich kenne sie und ihre Klasse. Habe unter diesen Beuten gelebt; vor ihren Diensthofen spielen sie nicht Komödie.“

Sie rückte näher an Betty heran. „Es ist ja nur die Bernartheit eines Knaben in etwas Neues, Fremdartiges. Erklären Sie ihm, wie sehr es ihm die Karriere verderben wird. Sie brauchen ja nur Ihrem Vater ein Wort zu sagen, und alle Pläne, die Anthony spinnt, sind vereitelt. Das wird ihm Eindruck machen. Er hat nicht den ganzen Bestand verloren, noch nicht. Außerdem würde sie dann nichts von ihm wissen wollen. Es dürfte sie nicht verlocken, einen armen jungen Rechtsanwalt zu heiraten.“ Sie lachte.

Betty blühte sie an. „Sie wollen, daß ich Anthony in seiner Karriere schade?“ fragte sie.

„Ja, um ihn vor ihr zu retten.“ erwiderte Frau Strong'nith'arm. „Schon jetzt hat sie ihn verwannt. Es gibt Zeiten, da ich ihn gar nicht erkenne. Sie wird ihn verderben, wenn wir es zulassen. Retten Sie ihn, Sie können es.“

Frau Strong'nith'arm war fast erschöpft; sie sank in den Sessel zurück.

„Hören Sie mich an.“ sprach Betty. „Ich liebe Ihren Sohn. Liebe ihn so sehr, daß ich, falls er und das Mädchen einander lieb haben, alles tun würde, um diese Heirat zu ermöglichen. Für mich kommt es hier nur auf eines an: lieben die beiden einander wirklich.“

Frau Strong'nith'arm wollte etwas erwidern, Betty jedoch gebot ihr mit einer Gebärde Schweigen. „Ich möchte mich Ihnen erklären. Wir dürfen nie mehr über die Angelegenheit reden. Es hätte mich sehr glücklich gemacht, Anthony's Frau zu werden. Ich wußte ja, daß er mich nicht liebt. Es heißt, daß es immer einen gibt, der liebt, und einen, der sich lieben läßt. Mehr hätte ich nicht von ihm verlangt. Ich hielt ihn überhaupt nicht der Liebe fähig, wenigstens nicht im tiefsten Sinn des Wortes. Hielt ich für zu egozentrisch, zu seinem Kameraden und Helfer zu werden. Hätten wir Kinder gehabt, er würde mich vielleicht lieb gewonnen, meiner bedürft haben. Das hätte mir genügt.“

Sie stützte sich mit dem Ellenbogen auf den Kaminsims, blickte in die Flamme. Nun reckte sie sich hoch, schaute Frau Strong'nith'arm an. „Ich freue mich, daß ich irrite, freue mich, daß er zu lieben versteht, sinnlos, töricht, sich selbst und seinen Ehrgeiz vergessend. Wenn er

auf diese Art an mich gedacht hätte —“ sie lächelte. — „es wäre der Himmel gewesen. Dennoch ist es mir lieber, wirklich lieber, daß er dieses Mädchen liebt, daß er irgend jemand liebt, als daß er dazu unfähig wäre. Es klingt merkwürdig, aber gerade dies macht ihn mir noch lieber. Er ist ein besserer Mensch, als ich glaube.“

Frau Strong'nith'arm starrte sie an. Das Mädchen trat zu ihr und legte ihr die Hand auf die Schulter. „Ich weiß, woran Sie denken: es hält nicht an. Ein paar Jahre, und der Zauber ist vorbei. Aber ich bin dessen nicht gewiß.“

Sie ging an den Schreibtisch, ordnete mechanisch Bücher und Papiere. „Unlängst durchsuchte ich den alten Schreibtisch meiner Mutter. In einem kleinen Geheimfach fand ich einen Stoß von meinem Vater geschriebener Briefe. Vielleicht hätte ich sie nicht lesen dürfen, doch bedaure ich nicht, es getan zu haben. Anfangs glaubte ich, die Briefe seien während ihrer Verlobung geschrieben worden. Es waren richtige Liebesbriefe. Doch kamen Stellen vor, die nicht zu dieser Annahme paßten. Es war auch von Kindern die Rede. Ich schaute das Datum des Poststempels. Die Briefe stammten aus den letzten Lebensjahren meiner Mutter; da erinnerte ich mich, wie glücklich sie kurz vor dem Ende zusammen gewesen waren. Unser Leben erscheint mir wie ein Garten; wir können das Unkraut nicht ausrotten, aber die Blumen bleiben dennoch immer gleich schön.“ Sie blickte Frau Strong'nith'arm an. „Und selbst, wenn früher oder später der Zauber vergeht, zumindest haben wir ihn einmal geschaut. Ich entsinne mich eines blinden Knaben, für den sich mein Vater interessierte. Er war blind geboren, und alle hielten ihn für unheilbar, mit Ausnahme eines berühmten Augenarztes in Roussanne. Meine Mutter und ich reisten während der Ferien in die Schweiz und nahmen den Knaben mit. Er war ein lieber, fröhlicher, kleiner Bursche. Der Spezialist untersuchte ihn und schüttelte den Kopf: „Ich kann ihn heilen, aber nur auf kurze Zeit, dann wird er wieder blind werden.“ Der Arzt meinte, es wäre besser, ihn blind zu lassen; meine Mutter jedoch war anderer Ansicht, und es gelang ihr, den Arzt zu überreden. Der Ausdruck im Blick des Knaben, als er das Augenlicht gewonnen hatte, war wundervoll. Wir hatten ihm gesagt, es werde wahrscheinlich nicht lange währen, und er schien dies zu begreifen. Eines nachts hörte ich in seinem Zimmer ein Geräusch und ging zu ihm. Er saß im Nachthemd vor dem Fenster, die Hände um die Knie geschlungen. „Ich will mich an alles erinnern“, flüsterte er. Vielleicht haben Sie recht, vielleicht wird diese Liebe Anthony nur Kummer bringen. Aber selbst dann möchte ich ihn nicht vor ihr bewahren.“ (Fortf. folgt.)

Ein neuer Erfolg des Großkapitals.

Stillegung der „Dema“.

Aus Angestelltenkreisen wird uns geschrieben:

Von der breiten Öffentlichkeit kaum gebührend beachtet, vollzieht sich in der deutschen Wirtschaft seit Jahren ein Prozeß scharfster Konzentration. Einordnung möglichst der gesamten Warenherstellung in ein System; Schaffung von Kartellen und Syndikaten zur Niederrückung der Außenwelt zum Zwecke der Erlangung des Monopols; Zusammenschließung möglichst vieler Monopole zur Erreichung wirtschaftlicher Macht, durch diese Schaffung eines Einflusses auf Staat und Verwaltung, über diesen Einfluß zur Beherrschung von Staat und Wirtschaft, mit dem Endziel der Ausbeutung von Staat und Volk überhaupt. Es lebe der Profit! Auf diese knappe Formel könnte man alle geschäftlichen Transaktionen unserer Wirtschaft „Kapitäne“ innerhalb der letzten Jahre bringen.

Der Leidtragende ist immer wieder der Arbeitende, der Verbraucher, also die Masse des Volkes. Manchmal hat sich diese Masse wenigstens zu wehren gewußt. Einmal als Hugo Stinnes es verstand, mit Hilfe englischen Kapitals dem deutschen Volke sein wertvollstes Besitztum, die Reichseisenbahnen, um billiges Geld abzukaufen, und vor wenigen Monaten, als die deutsche Industrie ihre Hände nach den Deutschen Werken ausstreckte, um eine lästige Konkurrenz loszuwerden und um dann „im Ausverkauf“ die wertvollen Anlagen dieser riesigen Unternehmungen mit ihren Gleisanschlüssen, Wasserwegen, ihren gewaltigen Terrains usw. an sich zu bringen. In vielen anderen Fällen nahm die Bevölkerung jedoch kaum Kenntnis von der Auslieferung wertvoller Teile des Volkseigentums an die „Wirtschaft“, sei es durch die Erdrosselung kleiner Betriebe, sei es durch den Ankauf „insolvent gemordener“ Unternehmungen, sei es durch die Privatisierung oder Umstellung zum kaufmännischen Betrieb bei Häfen, Gas- und Wasser-, Elektrizitäts- oder Kraftwerken, Bahnen, Werften oder dergl. Überall hat das Kapital sein gutes Geschäft auf Kosten der Gesamtheit gemacht oder hat doch durch seine Mitarbeiter in Verwaltungsräten und Aufsichtsräten seine Interessen bei der Bewertung der Erzeugnisse und Nebenprodukte, bei der Preisgestaltung, bei Lieferungen usw. sichergestellt. Wo eine Beteiligung nicht möglich oder nicht lohnend erscheint, werden durch den Einfluß der sogenannten „maßgebenden Kreise“ aus der deutschen Wirtschaft die Betriebe stillgelegt, ohne Rücksicht auf die Lebensnotwendigkeiten von Tausenden von Arbeitnehmern und Verbrauchern. Geling es vor wenigen Wochen noch, den Angriff auf die Deutschen Werke abzuschlagen, so ist vor wenigen Tagen erst ein anderes Reichswerk, die „Dema“.

Deutsche Margarine-Fabrik A.G.

stillgelegt oder wenigstens der Beschluß dazu durchgesetzt. Zurzeit kämpfen zwei Großkonzerne um den deutschen Markt. Nur einige Speisefabrikanten waren bisher in der Lage, sich gegen diese Konkurrenz zu behaupten. Für die beiden Konzerne handelt es sich nun darum, diese letzten Außenposten zu beseitigen, um das Preismonopol an sich zu reißen. Die Dema hatte gerade in der letzten Zeit wesentliche Anstrengungen gemacht, die arbeitende Bevölkerung mit einem hochwertigen und preiswerten Speisefett zu versorgen. Von 30 bis 50 Zentner pro Tag hatte sie ihre Erzeugung auf zuletzt 480 Zentner pro Tag heraufgeschraubt, d. h. sie war in der Lage, jede Woche 288 000 Arbeiterfamilien mit je 1 Pfund billiger und, wegen ihrer zentralen Lage auch im Sommer, mit frischer Margarine zu versorgen. Die Produktion hätte sich nach Gutachten Sachverständiger etwa auf das Doppelte steigern lassen, um so mehr, als auch gerade in der letzten Zeit die Erzeugnisse der Dema eine günstige Aufnahme beim Publikum gefunden hatten. Auch die Seifenproduktion der Dema war

nicht nur vollständig ausverkauft, sondern nach dem Urteil von Fachleuten im Preise so gehalten, daß sie „der ganzen übrigen Industrie die Preise verdorben hat“. (Wörtlich aus dem Ausspruch eines Seifenfabrikanten.) Damit ist gesagt, daß also auch die Seifenfabrikation der Dema dazu beigetragen hat, der breiten Masse Seife zur erträglichen Preisen zu liefern. Ungeachtet aller wirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und sozialen Rücksichten faßte am 28. März 1925 der Aufsichtsrat der Dema den

Beschluß, das Werk stillzulegen.

Er wurde gefaßt, nachdem man jahrelang experimentiert, Hunderttausende nutzlos verbraucht hatte und jetzt auf dem besten Wege war, endlich zu geregelten Verhältnissen im Betriebe zu kommen. Der Beschluß wurde aber auch gefaßt, obwohl man alles nur erdenkliche Material, Verpackungen, Flaschen, Kanister u. a. m. auf Jahre hinaus eingekauft und sogar noch im März 1925 einen neuen technischen Betriebsleiter mit langfristigen Vertrag eingestellt hatte. Als Grund für die Schließung gibt man an, der Betrieb wäre nicht in der Lage, sich selbst zu erhalten. Nach dem Urteil von Fachleuten erfordert der Betrieb bis etwa zum September dieses Jahres eine Zubuße von 30000 Mark pro Monat. — Es ist eine Tatsache, daß infolge des Kartellkampfes in Deutschland die

Margarine nur etwa 10 Proz. im Preise höher steht als vor dem Kriege.

während alle Rohprodukte entsprechend der internationalen Geldwertsetzung um 50 bis 60 Proz. über den Preisen der Vorkriegszeit bezahlt werden müssen. Bei einer Erhöhung des Margarinepreises nur um 2 1/2 Pf. pro Pfund würde feinereitete Zubuße erforderlich sein, während dagegen einseitigen in der Höhe der außergewöhnlich niedrigen Preise Zuschüsse in dem geringen Ausmaß erforderlich wären. Dem steht gegenüber, daß dafür die Millionen von armen Menschen in Deutschland ihr (leider) wichtigstes Fett zu einem niedrigen Preise erhalten könnten. Dieser Zustand verschwindet sofort, wenn der Wettbewerb aufhört und die Konzerne im Besitz des Monopols die Preise diktieren können. 10 Millionen Arbeiterfamilien hätten dann bei einem Verbrauch von 1 Pfund pro Woche und nur 10 Pf. Preiserhöhung statt der 30 000 M. im Monat über 4 Millionen Mark in der gleichen Zeit mehr aufzuwenden, trotzdem wird das Werk stillgelegt.

Der Staat kann wohl durch Entschädigungen, Abfindungen, Vorschüsse, Darlehen, Steuererleichterungen, Subventionen u. a. m. dem Großkapital Hunderte von Millionen in den Schoß werfen, wenn es sich aber einmal darum handelt, den Hunderten von Arbeitern der Dema die Existenz, dem Volke einen wertvollen Betrieb und der armen Bevölkerung ein billiges Nahrungsmittel zu erhalten, so sind die Beträge in der Höhe einer Rudendorff-Jahres Pension nicht auszubringen.

Das Werk wird stillgelegt (auf einem Teil des Terrains baut Siemens bereits einen Bahnanschluß), der Konzern bekommt sein Monopol, der Arbeiter erhält den Abfahrtschein, die Direktoren ihre Abfindungssummen, die Industrie erhält das Gelände mit Kanals und Bohranstich und zum Schluß bezahlt der Profit der (in diesem Falle nicht einmal nationaler, sondern holländisch-englischer) Margarineindustrie die Zeche in Form doppelter Margarinepreise.

So folgt eine „göttliche Ordnung“ in der kapitalistischen Wirtschaft für eine „gerechte Verteilung“ von Leid und Freud, von Licht und Schatten im Sinne des Saum cuique.

deutschen Werften empfangen hat und empfängt und der Deffentlichkeit Rechenschaft darüber schuldig ist, und das schließlich die neueste und erfolgreichste Kombination zwischen Schwer-, Maschinen-, Schiffbau- und Reedereiindustrie darstellt, eine Privatangelegenheit ihrer Großaktionäre ist. Dazu hat die Deutsche Werft 1920 30 Millionen Obligationen freihändig, also an das breite Publikum verkauft und einen großen Teil ihrer heutigen Anlagen davon beschafft. Diese 30 Millionen wird sie den Obligationärgläubigern, dank der „Untragbarkeit“ einer höheren Aufwertung als 15 Proz. des Einzahlungswertes für die Industrie, zu der sich doch auch die Herren der Deutschen Werft rechnen, mit ganzen 187 128 Reichsmark zurückzahlen. Das ist allerdings eine ganz besonders willkommene „Privatangelegenheit“ der Herren Wilhelm Cuno, ehemaliger Reichskanzler, Felix Deutsch, Generaldirektor der WEG, und Paul Reusch, Generaldirektor der Gute-Hoffnungs-Hütte in Oberhausen. Mögen die Herren des Aufsichtsrats der Deutschen Werft ihre Geminne für sich behalten, wenn sie die alleinigen Aktionäre sind. Das ist ihr gutes Recht, das ihnen niemand streitig machen wird in dieser kapitalistischen Gesellschaft. Aber als Aktiengesellschaft der Publizitätspflichtig ist untersteht und dann der Deffentlichkeit nach eigenem Belieben wahllos konterföierte Berichte zu geben, die kein Mensch kontrollieren kann, das ist eine Verhöhnung des Gelehes.

Der Prüfungsbericht zur Goldberöffnungsbilanz enthält radikal nichts. Er sagt in seinen zehn Zeilen, der Rest von neun Zeilen ist der Umstellungsplan, daß bei der Eröffnungsbilanz die Gelehe beachtet und das Betriebsvermögen vorsichtig bewertet worden ist. Kein Wort über die Entwicklung während der Inflationswirtschaft, über die Wirkung der Stabilisierung, über den Stand der Aufträge, über die Zusammenlegung der Beteiligungen, über die Patentsituation, über die Zusammenlegung der Forderungen und Schulden, über die Umstellung der Obligationen, über die Belegschaftsstärke. Die Passiven der Eröffnungsbilanz umfassen vier Posten: Kapital, Anleihe, Reserdefonds, Schulden. Und der Titel des Schuldenpostens lautet „Schulden ausschließlich Anzahlungen auf im Bau befindliche Schiffe“. Also nicht einmal diese Anzahlungen sind von den eigentlichen Betriebschulden getrennt. Die Aktiven sind in ganzen sieben Posten zusammengestellt. Die Grundstücke und das gesamte Betriebsvermögen, Gebäude, Heilige, Docks, Maschinen, Werkzeuge, Inventar und Fahrzeuge, die bei jeder noch so kleinen Werft bisher in wenigstens sechs Positionen gegliedert wurden, erscheinen in ganzen zwei Posten. Von dem wirklich gespannt sein, was die Deutsche Werft in Zukunft aus ihrer Publizitätspflicht machen wird, wenn sie ihre Abschlußbilanzen herauszubringen haben wird.

Das gesamte Aktientkapital ist auf 5 Millionen zusammengelagert. Bei der Gründung 1918 betrug es 10 Millionen. Inzwischen kamen die Inflationsgewinne aus den entwerteten Obligationen hinzu. Nun, es ist das Recht dieser Aktionäre, so tief zusammenzulegen, wie sie wollen. Niemand wird sie bei der Verteilung des Gewinnes kontrollieren. Die Bilanzsumme auf der Aktivseite beträgt 16,4 Millionen. Davon

sind eigentliche Betriebswerte 13,1 Millionen. Jedenfalls ist in dieser Bewertung gründlich dafür gesorgt, daß dem Steuerfiskus für alle Besitzsteuern, aber im besonderen auch der übrigen Industrie, die die Industriebelastung von 300 Millionen aufzubringen haben, eine gründliche Nase gedreht wird.

Möge immerhin die Industrie zusehen, ob sie Bilanzmanipulationen wie die der Deutschen Werft ertragen kann. Der Staat und die Deffentlichkeit darf sie nicht dulden, wenn die Magnaten der Schwerindustrie ihnen nicht eines Tages offenen Hohn entgegensehen sollen, statt der Erfüllung der Gelehe. K-r.

Weil die Käufer ausbleiben.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß gerade diejenigen Industrien in neuerer Zeit von der Wirtschaftskrise besonders schwer getroffen werden, die durch die Art ihrer Fabrikation dem Konsum am nächsten stehen. Der Absatz in Bekleidungswaren, Stoffen und Wäsche stockt derart, daß kein Tag vergeht, an dem nicht neue Zahlungseinstellungen oder Konkurse aus der Textilbranche bekannt werden. Wie katastrophal die Lage in diesem Gewerbe ist, mögen die Meldungen zeigen, die an einem einzigen Tage unserer Redaktion zugehen:

Die bekannte Damenleiderstoffgroßhandlung M. Grieg u. Co., Berlin SW. 19, Lindenstr. 51/53, hat laut „Konfessionär“ auf den 22. April eine Interessentensammlung einberufen, in der über die Weiterführung des Unternehmens und über die Sanierungsmöglichkeiten Beschluß gefaßt werden soll. Der Grund dieser Einladung ist in der schweren Erkrankung des Herrn Moritz Grieg und den damit verbundenen internen Schwierigkeiten der Firma zu suchen.

Die Gummibandweberei Herz u. Co. in Barmen, die bereits im Sommer unter Geschäftsaufsicht stand, sieht sich nach einer Meldung der „Textil-Woche“ veranlaßt, erneut an ihre Gläubiger heranzutreten. Die Aktiven belaufen sich auf 105 000 Mark, den Aktiven in Höhe von 62 000 Mark gegenüberstehen sollen.

Die Kleiderstoffgroßhandlung Burack u. Lewin, Berlin, Klosterstraße 93, hat nach demselben Blatte Geschäftsaufsicht beantragt. Die Firma bietet einen außergerichtlichen Vergleich von 60 Proz.

Die Firma Anna Balje Nachf., Inhaber D. Simon, Postamenterie, Weiß-, Wollwaren und Wäsche, Berlin W., Bülowstraße 88, befindet sich laut „Konfessionär“ in Zahlungsschwierigkeiten und bietet ihren Gläubigern eine Quote von 25 Proz. Die Passiven betragen 35 000 Mark.

Der Status der Firma J. Kusleria, Berlin, Kronenstraße 35, weist laut „Konfessionär“ einen Aktiokapital von 72 500 Mark auf, dessen Passiven in Höhe von rund 95 000 Mark gegenüberstehen. Die Firma bietet einen Vergleich in Höhe von 50 Proz., der in vier Raten bis spätestens 15. November beglichen werden soll. Für die Quote wird Bürgschaft geleistet. — Der von der in Konkurs befindlichen Wäschefabrik Hartwart u. Tiffin, Kommandit-Gesellschaft, Berlin, Prenzlauer Allee 47, in einer Gläubigerversammlung vorgeschlagene Status ergibt an Aktiven 6700 Mark, denen Passiven in Höhe von 65 600 Mark gegenüberstehen. Die Gläubiger können daher nur mit einer Quote von 10 Proz. rechnen. — Die Firma Manuel u. Manasse, Blumen und Kleider, Berlin, Kommandantenstraße 77/78, hat die bestehenden Zahlungsschwierigkeiten durch Ausgleich mit ihren Gläubigern behoben. Die Geschäfte der Firma nehmen nach wie vor ihren Fortlauf.

Wie man sieht, handelt es sich in allen diesen Fällen entweder um vorübergehende Zahlungsschwierigkeiten oder um Zusammenbrüche. Von der Krise sind nicht nur Inflationsgründungen erfaßt, sondern auch ältere Häuser, die sonst als durchwegs sicher galten. Manche von ihnen haben auf Kredit Ware geliefert und können den Gegenwert infolge Verlangens ihrer Abnehmer nicht hereinbringen; andere konnten ihre Gläubiger nur dadurch befriedigen, daß sie unter dem Druck der Zahlungspflicht ihre Waren mit Verlust abließen.

Dabei besteht in weitesten Bedürfniskreisen ein außerordentlicher Mangel und ein großer Bedarf an Erzeugnissen der Textilindustrie. Diese Bevölkerungsmassen können infolge der niedrigen Löhne und Gehälter die hohen Preise, die für Qualitätsware des Bekleidungsgebietes gefordert werden, nicht bezahlen. Sie geben sich mit minderen Warenqualitäten zufrieden. Die Folge davon ist, daß sie mehr Ware verbrauchen, weil schlechte Qualitäten stärker dem Verschleiß ausgesetzt sind. Eine weitere Folge ist aber die, daß nun die Industrie sich in großem Maßstabe auf die Erzeugung minderwertiger Waren wagt, um überhaupt Abnehmer zu finden. Die Herstellung derartiger Waren erfordert nicht viel weniger Rohstoffe und Arbeitskraft als die hochwertiger. Die Folge ist also eine volkswirtschaftlich durchaus schädliche Vergeudung an Material und Arbeit.

Letzte Ursache dieser Entwicklung ist der Mangel an Kaufkraft bei den großen Verbrauchermassen. Die Unternehmer wollen diese Ursache dadurch beseitigen, daß sie die Löhne wieder niedrig halten oder sie gar noch weiter verfürzen, die Preise jedoch nicht abbauen. Das ist eine überaus seltsame Logik, die zeigt, wie wenig die Unternehmer imstande sind, volkswirtschaftlich zu denken, weil sie über dem Profitinteresse des Augenblicks und ihren Machanspruch gegenüber der organisierten Arbeiterschaft die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge übersehen.

Preisabbau oder Lohnerhöhung? In der Generalversammlung der Darmstädter und Nationalbank legte der Geschäftsinhaber Jakob Goldschmidt seine Ansichten über die Wirtschaftslage, die Lage im Bankgeschäft und die Unkostenfrage, dar. Er ist sehr optimistisch gestimmt und stellt fest, daß im Bankgeschäft nach jeder Richtung eine erfreuliche Entwicklung zu konstatieren sei. Wir müssen die Gelegenheit benutzen, um mit Unbedenken, die wir noch aus der Inflation übernommen haben, aufzuräumen und die Rentabilität der Unternehmungen zu sichern. So gilt es vor allen Dingen, die Unkosten abzubauen, die Betriebe zu intensivieren. Von den 61,7 Millionen Unkosten entfallen 40 Millionen, d. h. 65 Proz., auf Gehälter. Im laufenden Geschäftsjahr dürfte das Unkostenverhältnis dasselbe sein. Es sei deshalb notwendig, den Abbau weiterfortzusetzen. Nachdem Goldschmidt die Schwierigkeiten des Exports geschildert und die Ansicht entwickelt hatte, daß wir nur mit Hilfe von Qualitätssteigerung unsere Stellung auf dem Weltmarkt befestigen können, daß Schematisierung der Erzeugung unangebracht ist, fuhr er fort, daß infolge des Nachlassens der Konsumkraft des Landes und der geringen Kaufkraft der Massen ein Rückgang des inländischen Verbrauchs festzustellen ist, daß hier nicht etwa eine Erhöhung der Löhne, sondern eine Ermäßigung der Preise helfen könne. — Mit dieser Meinung hat Herr Goldschmidt wenig zur Klärung des Problems beigetragen. Vom Preisabbau und seiner Notwendigkeit wird auf der Unternehmerseite viel geredet, und so gut wie gar nichts geschieht. Eine Stärkung des Verbrauchs mit einem Preisabbau, der versprochen, aber nicht ausgeführt wird, ist doch wohl nicht gut möglich. Also wird man schon die notwendige Steigerung des Konsums von der Lohnseite her ansetzen müssen, so wenig sich auch die Unternehmer mit diesem Gedanken befreunden wollen.

Befähigung des Auslandskredits.

Von verschiedenen Seiten wird immer wieder bestritten, daß die Handelsbaur Hindenburg auf die Kreditbeziehungen Deutschlands zum Ausland Einfluß ausübe. Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, das zeigen die eben erschienenen wirtschaftlichen Mitteilungen der Deutschen Bank für den Monat April.

An erster Stelle schreibt die Deutsche Bank: „Die Unternehmungslust an der Börse ist auf ein Minimum zusammengedrumpft. Die Gründe sind in dem politischen Spannungszustand zu suchen, der noch keineswegs die für die Wirtschaft notwendige Entspannung erfahren hat, während die Zuspülung des Endkampfes um den Präsidentensitz eine weitere Verunsicherung in das Ausland hineingetragen hat.“

Wer die vorsichtigen Formulierungen der Deutschen Bank in ihren wirtschaftlichen Mitteilungen einigermaßen kennt, der wird das obige Zitat zu würdigen verstehen. Unsere führenden Wirtschaftler und Großfinanziers sind nur immer noch so feige, wenigstens gegenüber dem alten Regime, wie ebendem. So müßte sie ihre Wirtschaftskennntnis zwingen, den Mund offensichtlich wenigstens so weit aufzutun, wie sie es sich jetzt im vertrauten Kreise angewöhnt haben.

Eine skandalöse Bilanz.

Gerade zu skandalös ist es, in welcher Weise die Deutsche Werft A. G., Hamburg, ihrer Pflicht zur Veröffentlichung der Bilanz und des Geschäftsberichts nachkommt. Die Deffentlichkeit ist schon allerlei gewohnt von den Herren des Aufsichtsrats der Deutschen Werft, in dem neben der Hapag und einigen kleineren Reedereien nur noch die WEG und der Haniel-Konzern vertreten sind. Ist doch noch im Mai 1924 den Pressevertretern, die über die Generalversammlung berichten wollten, die Tür geschlossen und erklärt worden, daß es die Gepflogenheit der Gesellschaft sei, ihre Generalversammlungen unter Ausschluß der Deffentlichkeit zu halten, und daß die Gesellschaft selbst ihre Berichte für die Deffentlichkeit abfasse und hinausgebe. Die Goldberöffnungsbilanz der Deutschen Werft übertrifft aber alles auf diesem Gebiet, was bisher erlebt worden ist; und es ist der Deffentlichkeit wahrhaft genug an Verleugung der Publizitätspflicht der Aktiengesellschaften geboten worden.

Offenbar leiten die Herren der Deutschen Werft ihr Recht, der Deffentlichkeit jeden Einblick in ihre Unternehmung zu verbieten, den sie nicht selbst großmütig gewähren, daher ab, daß sich sämtliche Aktien im Aktienbesitz der Gründler, Hapag, WEG, und Haniel-Konzern, befinden, und daß die Aktien nicht gehandelt werden. Sie glauben also, daß ein Werk wie die Deutsche Werft, die 1923 7000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt hat und heute nicht weniger beschäftigt, das im Schiffbau eine internationale Monopolstellung einnimmt und Gegenstand von Kontroverfen war, die den stärksten Einfluß auf die deutsche Handelspolitik mit England ausüben können, das beträchtliche Teile der 50 Millionen Reichskredite für die

Die Flora der Solfataren.

Von Dr. W. Wächter.

Wenn ein Vulkan, ein feuerpeiender Berg, ersticht, dann ver-
schleht sich allmählich der Krater; durch Zerlegung des Gesteins der
Kraterwände und der Lava entsteht ein Boden, der imstande ist,
eine neue Vegetation aufkommen zu lassen, trotzdem ihm giftige
Gase, Schwefelwasserstoff, schweflige Säure und heiße Wasserdämpfe
entweichen. Es ist ein unheimliches Gefühl, solchen Boden zu be-
treten; man würde sich unsicher fühlen und jeden Augenblick ein
Wiederaufleben des Vulkans fürchten, wenn man nicht wüßte,
daß keine Gefahr besteht. — In der Nähe Neapels, bei Pozzuoli,
befindet sich Europas berühmteste Solfatara — so nennt man die
Krater dieser erloschenen Vulkane.

Solfataren gibt es in allen vulkanischen Gegenden; in West-
indien wie auf Island und vor allem im Westen der großen Sunda-
insel Java in Dindindien. Hier liegen die Solfataren in einer Höhe
von 1200 bis 2500 Metern. Schwefelsäure und schweflige Säure
greifen bei hohen Temperaturen, die dort im Boden herrschen, die
Kieselfesteine an, und wenn die Gase auf Tongestein treffen, so
bilden sich Tonerde-(Aluminium-)Verbindungen, besonders Alaun,
Kieselsäure, schwefelsaures Eisen und Alaun sind die Hauptbestand-
teile dieser Solfataraebden, die bisweilen durch den vielen Regen,
der in Java niederfällt, zu einer schlammigen, breiigen Masse
werden; man spricht dann von „Schlammvulkanen“. Ein grau-
blauer oder rötlichgelber Schlamm siedet und brodelnd in diesem Hege-
tessel, und wenn man ihm zu nahe kommt, so kann man sich Füße
und Hände arg verbrühen. Das Schlammwasser hat einen scheu-
lichen Geruch, und die freie Schwefelsäure, die in ihm vorhanden
ist, macht die Zähne stumpf, worüber schon Sunghuhn und
Falkenberg berichten, zwei Forscher, die in der Mitte des vorigen
Jahrhunderts zum ersten Male die geologischen und biologischen
Verhältnisse in den japanischen Solfataren erforschten. Ihnen war
es natürlich nicht entgangen, wie eigentümlich die Vegetation hier
von der des nahen Regenwaldes abwich, und sie vermuteten schon
den engen Zusammenhang zwischen den Bodenverhältnissen und der
Pflanzengesellschaft, die sich hier in unmittelbarer Nähe der heißen
Schlammtefler angesiedelt hatte. Zu jener Zeit gab es noch keine
Lehre von den Pflanzengesellschaften, die erst einige Jahrzehnte
später von dem dänischen Botaniker Eugenius Warming be-
gründet wurde. Gleiche Lebensbedingungen schaffen auch bei den
Pflanzen ökonomische, soziale Klassen, die dem Boden angepaßt sein
müssen, auf dem sie leben, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen.
Es sind nicht etwa bestimmte Familien, die hier vegetieren; Gat-
tungen der gleichen Pflanzenfamilien gehören ganz anderen Ge-
nosenschaften an, deren Wiege im Walde, auf der Heide, der Wiese
oder dem Moore stand.

In den japanischen Solfataren finden wir vorzugsweise Ber-
treter der Ericaceae, der Myricaceae, der Rubiaceae und der Familie
der Heidebeeren. Aber auch Farne und Moose, eine Flechtenart,
eine zu den Bindengewächsen gehörige Art und eine Verwandte
unseres westdeutschen Moorporstes, der Myrica Gale, und andere
Pflanzen wachsen dort; also ein buntes Gemisch verschiedenster Her-
kunft, zusammengehalten lediglich durch die ökonomischen Verhält-
nisse.

Der geistvolle Botaniker und Forschungsreisende Schimper,
der Ende des vorigen Jahrhunderts durch seine physiologische Be-
trachtung pflanzengeographischer Verhältnisse einen großen Einfluß
auf seine Fachgenossen ausübte, war der erste, der sich ernstlich be-
mühte, die Solfataraevgetation zu erklären. Schimper hatte
auf Grund seiner Studien an Salzpflanzen, besonders denen Javas,
den Begriff der „physiologischen Trockenheit“ im Gegensatz zur
„physikalischen“ Trockenheit geschaffen. Es ist nämlich merkwürdig,
daß es eine ganze Reihe von Pflanzen gibt, die auf salzhaltigen,
nassen Böden wachsen und doch Einrichtungen besitzen wie Pflanzen
ganz trockener, dürreter Gegenden, die sich der Gefahr der Verrot-
tung aussetzen würden, wenn sie nicht gegen zu starke Transpi-
ration geschützt wären. Schimper meinte daher, daß auch für
die Solfataraevgetation die Wasseraufnahme durch den starken Salz-
gehalt des Bodens erschwert werde; es könnten also dort nur
Pflanzen wachsen, die mit Schutzmitteln gegen zu starke Wasser-
abgabe ausgerüstet seien.

Wer eine Theorie aufstellt, ist leicht geneigt, sie auf alles an-
zuwenden, was ihm in die Quere kommt, und wenn Theorien geist-
reich sind und etwas Bestechendes an sich haben, dann erben auch
sie sich fort wie eine ewige Krankheit; es geht ihnen nicht besser als
„Gefeh und Rechten“, von denen Nephthosphetes im „Jovist“ spricht.
— Schimper sah die Heidekraut- und Alpenrosengewächse in den

Solfataren, und weil diese vielfach durch ihre lederartigen Blätter
der Trockenheit angepaßt sind. So nahmen auch spätere Forscher
seine Theorie als richtig an. Die Geschichte der Wissenschaften zeigt
immer wieder, wie die Menschen, durch Scheitern geblendet und
dem Geseh der Trägheit folgend, die ausgetretenen Gleise benutzen,
anstatt sich neue Wege zu bahnen.

Da außer den Heidekraut- und Alpenrosengewächsen auch dünn-
blättrige und solche Pflanzen, die fruchten Standorter angepaßt sind,
in den Solfataren vorkommen, so lag eigentlich der Gedanke nahe,
einmal zu prüfen, ob denn auch wirklich die Pflanzen der Sol-
fataraen so wenig Wasser auszuhauchen. Das hat nun ganz vor kurzem
der holländische Botaniker Karl von Faber, der Leiter des
Tropenlaboratoriums in dem weltberühmten Botanischen Garten
zu Buitenzorg auf Java, getan. Sowohl die anatomische Unter-
suchung wie direkte Messungen ergaben, daß von eigentlichen Schutz-

Der Kampf um den Bettelsteffnig.



einrichtungen gegen Wasserverlust keine Rede sein konnte und daß
gerade die Heidekrautpflanze mehr Wasser abgab als andere. Alle
Pflanzen der Solfataren transpirieren genau wie Pflanzen an an-
deren Standorten. Durch diesen Nachweis wird mit einem Schlage
die Theorie der physiologischen Trockenheit für die Solfatara-
pflanzen hinfällig, und mit Recht weist Faber darauf hin, daß
es ein Fehler von Schimper war, lediglich den Wasserhaushalt
der Pflanzen ins Auge zu fassen. — Alle anderen sich aufdrängen-
den Fragen wurden bisher überhaupt nicht ernstlich in Erwägung
gezogen. Mit dem Nachweis normater Wasserabgabe fiel natür-
lich auch die Meinung Schimpers, daß der Salzgehalt des
Bodens die Wasseraufnahme erschwere und daß die Salze schädlich
seien, wenn sie in den Körper der Solfataraevgetation gelangten.
Faber konnte durch das Experiment zeigen, daß gerade der Alaun-
gehalt des Bodens günstig auf die Entwicklung wirkt. Bei Kul-
turen im Botanischen Garten waren die Pflanzen, die mit Alaun-
lösung begossen wurden, die Kontrollpflanzen nicht nur drei Wochen
in der Keimung voraus, sie waren auch fruchtiger und zeigten eine
sattere grüne Farbe. Das Aluminium ist also nicht schädlich. Die
Pflanzen vertragen gewaltige Mengen von Alaunlösungen, und die
chemische Untersuchung ergab, daß sich besonders in den Wurzeln
der Alaun angehäuft hatte, so daß man die Solfataraevgetation
geradezu als Aluminiumpflanzen bezeichnen kann. Welche Rolle das
Aluminium im Stoffwechsel der Pflanze spielt, ist noch unklar. Viel-
leicht übt es eine entgiftende Wirkung gegen den hohen Eisengehalt
des Bodens aus; vielleicht verhindert die Gegenwart von Aluminium
auch die Aufnahme größerer Mengen von Phosphorsalzen, denn die
Solfataraevgetation ist ärmer an Phosphor als andere.

Nun gibt es aber noch andere Dinge aufzuklären: z. B. wie
ist es möglich, daß die Pflanzen bei der hohen Temperatur des

Bodens gedeihen können? Bisher hatte noch kein Mensch die Tem-
peratur des Bodens in der Nähe des Solfataraevgetations gemessen, so-
wohl so leicht gemessen wäre. Faber fand Temperaturen von 70 bis
75 Grad, eine Wärme, bei der normale Pflanzen unweigerlich
zugrundegehen müssen, wenn nicht besondere Schutzrichtungen
vorhanden sind. Es zeigte sich, daß alle Wurzeln in einem die-
Korkmantel eingehüllt sind, der als Isolator wirkt, und so die
inneren Gewebe vor dem Verbrennungstod bewahrt. Da die Tem-
peratur in der Solfataraen mit der Tiefe zunimmt, so zeigen die
Pflanzen auch eine flache Bewurzelung. — Ob der Korkmantel
der Wurzeln auch vor der freien Schwefelsäure schützt, ließ sich
nicht mit Sicherheit nachweisen; aber es ist das wahrscheinlichste
Fall, da wir wissen, daß der Kork den zerstörenden Einflüssen die-
Säure einen ziemlichen Widerstand entgegensetzt.

Die Solfataraevgetation sind nun keineswegs kümmerliche
sondern sie gedeihen aufs üppigste, blühen und fruchten ganz prächt-
ig, so daß ihre Ernährung eine gute sein muß. Wir wissen aber
daß der wichtigste Nährstoff, den die Pflanzen dem Boden ent-
nehmen, der Stickstoff ist, und gerade dieser ist in den Böden der
Solfataren in allzugeringer Menge vorhanden. Woher nehmen also
die Pflanzen ihren Stickstoff? — Es ist wohl allgemein bekannt,
daß unsere Hülsenfrüchte an ihren Wurzeln kleine Knöllchen tragen,
die Bakterien enthalten; daß diese Bakterien den Stickstoff der Luft
aufnehmen und daß die Altersform der Stickstoffbakterien von den
Wurzeln der Bohnen und Erbsen verzehrt wird. Es gibt für die
Pflanze also eine Möglichkeit, ihren Stickstoffbedarf aus der Luft
zu gewinnen, die ja im wesentlichen aus diesem Gas besteht. Nun
hatte Professor Wiehe von der Berliner Landwirtschaftlichen Hoch-
schule schon vor Jahren eine Solfataraevgetation untersucht, die mit
niedrigen Organismen eine Lebensgemeinschaft eingeht, mit ihr in
Symbiose lebt, wie man sagt. Daraufhin untersuchte Faber mit
den Wurzeln anderer Pflanzen und er fand, daß sie sämtlich mit
einem Pilz oder an Bakterien gefesselt waren. Wenn auch bisher
eine Beziehung der Pilzwurzeln zur Stickstoffaufnahme noch nicht
nachgewiesen werden konnte, so ist es doch wahrscheinlich, daß die
Stickstoffarmut des Bodens in einer ursächlichen Beziehung zur
Wurzel-Pilz-Symbiose steht.

Im großen und ganzen dürfte der holländische Forscher das
Problem der Solfataraevgetation gelöst haben dank seiner Beobachtungen
und dank der Möglichkeit, in einem glänzend eingerichteten Tropen-
laboratorium arbeiten zu können, das nicht gar zu weit von dem
Standort seiner Pflanzen entfernt ist. Zahllose Gedeichte aller
Länder haben in Buitenzorg gearbeitet; einer der ersten war der
berühmte Münchener Botaniker Karl von Goebel, der erst vor
wenigen Wochen als Siebenzigjähriger von einem längeren Aufen-
halt in Sumatra und Java nach Europa zurückkehrte, wo ihn eine
Festschrift, dargebracht von Schülern und Freunden, erwartete, in
der auch Faber seine Untersuchung über die Flora der Solfataren
veröffentlicht hat.

Wielmännerei als wirtschaftliche Nothilfe. Während im alten
Europa Männer und Frauen in zahllosen Schriften, Zeitungs-
artikeln und Büchern sich den Kopf über die Lösung der jetzigen
Frage zerbrochen, hat im fernen Osten das tibetische Hochlandvolk
in recht origineller Form die alte Schwierigkeit zu überwinden ver-
standen. Wielmännerei ist im Orient ja nicht selten, aber doch ein
sozial schon ziemlich entwickeltes Volk wie die Tibeter die Wiel-
männerei in die gesellschaftliche Gliederung mit Bewußtsein ein-
bezogen und sie geistlich anerkannt hat, dürfte zum mindesten un-
gewöhnlich sein.

In Tibet wird das Weib, das der älteste Sohn der Familie
ermählt, gewöhnlich gemeinsames Eigentum aller Brüder. Die
Brüder haben auch die Verantwortung für den Unterhalt der Familie zu
übernehmen. Verläßt ein Bruder die Familie, so darf er für sein
Anteilrecht an der Frau keine Entschädigung verlangen. Die
jüngeren Brüder haben nur solange ein Recht auf die gemeinsame
Gattin, als sie im Familieneverband bleiben. Es gibt auch Fälle,
in denen der Vater oder Onkel das Recht fordert, mit der Frau zu
leben. Dann wird auch der Vater, meistens nur in höheren
Schichten, in die Ehegemeinschaft aufgenommen. Seltener dagegen
ist es, daß eine Frau ihre Ehemänner aus zwei oder noch mehr
Familien nimmt. Man darf annehmen, daß diese eigenartige Form
der Eheverbindung durch wirtschaftliche Gründe bedingt und erhalten
wird. In Tibet ist der gemeinsame Besitz des Familieneigentums
durchaus noch üblich, und so sucht man jedenfalls die Gründung be-
sonderer Haushalte nach Möglichkeit zu unterbinden. Bemerkens-
wert ist, daß die tibetischen Frauen die Wielmännerei durchaus
billigen. Sie gibt nach ihrer Auffassung der Frau größere Be-
deutung im Gemeinwesen. Die Frauen der höheren Klassen ver-
achten deshalb auch die hilflosen Weiber Indiens, die sich ohne
Widerpruch die Wielmännerei gefallen lassen.

Sterben...

Von Wilhelm Lichtenberg.

Die längste Zeit seines Lebens war Siegmund Torgutter in
der Kinderkonfektion tätig gewesen. Zwanzig Jahre davon als
selbständiger Kinderkonfektionär. Aber seit drei Wochen lag er im
Sterben. Was ihn freilich nicht hinderte, mit allen Fasern seines
tabkranken Herzens der Kinderkonfektion hingegeben zu sein! Man
war doch zu lange mit der Branche verquirlt gewesen, um sich durch
den nahen Tod auf andere Gedanken bringen zu lassen und übrig-
ens wissen es die wenigsten Menschen, wie interessant und an-
ziehend unter allen Branchen gerade die Kinderkonfektion ist.

Torgutter wußte, daß er sterben müsse. Er wußte es nicht so
sehr deshalb, weil er von Tag zu Tag fühlte, daß es mit seinen
Kräften, die niemals die größten gewesen waren, bergab ging.
Darüber kann man sich im glühenden Lebensoptimismus — und
Kinderkonfektionäre sind unbeschreibliche Optimisten — leicht täuschen.
Er merkte es lediglich an den andern, daß man mit seinem nahen
Absterben rechnete. Schließlich hatte er nur einen einzigen Erben.
Konnte ein guter Junge, verstand auch etwas vom Geschäft und ging
drav und folgiam den Weibern aus dem Wege. Das sah Torgutter
gerne. Denn auch er hatte es zellebens so gehalten, ohne zu be-
denken, daß er seinen Vaden längst hätte zulperren können, wenn
es nicht doch Menschen gäbe, die für Frauen und die unermel-
lichen Konsequenzen insinulieren. Der Reffe, der ihn täglich an
seinem Schmerzenslager besuchte, spekulierte ganz gewiß nicht auf
seinen Tod, aber zuweilen, wenn der Alte gar zu sehr über seine
Schmerzen klagte, merkte er in seinen Augen doch ein Aufblitzen,
was so viel bedeuten sollte, wie: Selbständig werden, ein Vermögen
besitzen! ..

Außerdem sandten die Kerzte zu oft und zu regelmäßig ihre
Rechnungen, wie er es mit Firmen hielt, von denen er annahm,
daß die Kleine nicht lange mehr auf sich warten lassen könnte. Er
degriff das vollkommen. Denn Kerzterrechnungen werden von
Erben nur sehr ungern und höchst widerwillig bezahlt. — Früher,
als er noch halbwegs bei Kräften war, hatte man um jede Kleinig-
keit, die es im Geschäft gab, bei ihm angefragt, man wußte sich
dort überhört nicht zu lassen. Seit zwei Wochen ungefragt machte
man dort alles allein, kaum daß man ihm in großen Zügen Be-
richt erstattete. Man bereuete sich also schon darauf vor, daß es
bold auch ganz ohne ihn, Torgutter, gehen müsse. .. Für die
Kinderkonfektion war er also schon ein toter Mann. Und wenn
er es für die Kinderkonfektion war, dann interessierte ihn dieses
hohle Leben, das ringsumher noch blüht, überhaupt schon gar
nicht mehr.

Und als es diesmal nach einer entseglig schweren und bungen
Nacht Morgen wurde, lag er immer noch wach. Er fühlte, daß es
nicht mehr lange bei ihm vorhalten könne. So was fühlte man.
Auch war der Reffe an diesem Morgen nicht im Geschäft, sondern
lag in seinem Zimmer herum und benahm sich so merkwürdig und
wußte nichts mit sich anzufangen. Auch der alte Buchhalter kam
auf einen Sprung aus dem Baden herüber, was er in zwanzig
zwanzig Jahren noch niemals gewagt hatte!

Torgutter wollte sprechen, aber er hatte nicht mehr die Kraft,
einen Satz zu Ende zu führen und gab es nach zwei Worten auf.
Diese zwei Worte lauteten: „Warum hoch?“

Er hatte sagen wollen: „Warum hoch? Ihr hier herum und
gafft mich an? Warum seid Ihr nicht im Geschäft, wo jetzt gerade
Saison ist und das Personal heutzutage mit den Augen stiehlt?“
Aber zu Ende denken konnte er dies alles noch ausgeglichen,
sein Geist war noch reger und frisch. Besonders, was die Kinder-
konfektion betraf. Er konnte sogar noch weiter denken! Und er
dachte, während die Umstehenden vermeinten, der alte Torgutter
läge bereits ohne Bewußtsein da, auch noch daran, ob man schon
die Winterstrümpfe in Einsergröße in Bestellung gegeben hätte?
Sie werden ja nicht viel verlangt — aber zuweilen fragt doch
jemand danach und da soll ein gutgeleitertes Geschäft wohlfort-
geleit sein. Er winkte sogar den Reffen näher heran und der schob
das Bett zu, weil er meinte, daß der Onkel jetzt etwas Lehtes,
Endgültiges mitzuteilen hätte. Torgutter konnte aber nicht mehr
reden und nicht mehr beauftragen, ja nicht die Winterstrümpfe
Einsergröße zu vergessen. Der Reffe aber kam ein ganzes Leben
nicht mehr von dem Gedanken los, daß der alte Torgutter ein
Geheimnis mit hinübergenommen habe. ..

Torgutter hielt die Augen geschlossen und fühlte eine güttrige
Hand an seinem Puls. Ah, man kontrolliert bereits, man traut
seinem Leben nicht mehr recht! Der Buchhalter ist noch immer
da! Morgen ist Ultimo, im Geschäft stockt alles, die Angestellten
stehen herum und schäkern mit den Tippträuleins, der Kassierer
steht seine Kasse in die Hauptbücher — Zeit genug hat er ja
dazu — und der Herr Buchhalter hat nichts Besseres zu tun, als
hier zu stehen und zu glogeln! Der Gedanke daran erregte den
Sterbenden derart, daß es ihm gelang, den heranastenden Tod
eine Viertelstunde aufzuhalten! Beinahe fühlte er die Kraft in
sich, sich noch einmal von seinem Totenbett zu erheben, in den
Faden hinüberzugehen, den Kassierer auf der Stelle hinauszu-
werfen, die Tippträuleins tüchtig vorzunehmen und die Verkäufer
zu fragen, ob sie dafür bezahlt werden, daß sie diesen Käsen den
Hof machen? Dem Buchhalter aber wollte er lassen, daß er ein
alter Narr sei und daß er ihn für einen vernünftigen Mann ge-
halten habe und es bedaure, gerade in seiner Sterbestunde so sehr
von ihm enttäuscht worden zu sein!

Zu all dem langte es aber nicht mehr! Ganz und gar nicht
mehr! Nur die Augen konnte er noch einmal öffnen, den Buch-
halter scharf ins Auge fassen und heroorrödeln: „Ultimo. ..“

Dieser und der Reffe sahen sich wehmütig an. Der Buchhalter
wußte nicht, was der Alte gemeint haben könnte. Der Reffe aber
dachte, wach ein zartes Gemüt sich der Alte trotz allem bewahrt
hätte! Sein letztes Wort sei „Ultimo“ — Ende, Schluß. ..

Es war ganz still in dem Zimmer, die Anwesenden hielten
sogar den Atem an, weil ihnen selbst dieses Geräusch im Angesicht
des nahenden Todes freventlich erschien. Torgutter aber, der nicht
mehr sehen konnte, hatte jetzt ein ungemein geschärftes Gehör. Er
horchte gespannt auf alles, was sich rinas um ihn begab. Da fiel
es ihm auf, daß die Uhr auf seinem Nachtschischen, die Uhr, die
vierzig Jahre — so lange besah er sie — Tag und Nacht gegangen
war, nie um eine Sekunde zu früh oder zu spät — daß diese Uhr
nicht mehr schlug! ! ! Man hatte sie ganz einfach nicht mehr aus-
gezogen, man hatte es vergessen, oder es nicht der Mühe wert
gehalten — kurz, die Uhr hand! .. Und das noch bei seinem
Lebzeiten! Dem noch lebte er — noch konnte er denken, noch hören,
daß man ihn und das Seine bereits zu den Toten geworfen hatte!

Keiner von diesen Leuten, die ihn umgaben, hatte an die Uhr
gedacht! Und eine Uhr soll doch nicht stehen bleiben! Man ver-
gibt einfach! Man vergißt! So wird es wohl auch im Geschäft
aussehen, in den Verkauferegalen, in den Strassen, in der
Korrespondenz — überall. .. Rein, jetzt wußte er es ganz gewiß!
Die Winterstrümpfe Größe Eins waren bestimmt nicht nachbestellt
worden! Wer hätte auch daran denken sollen, wenn er nicht im
Geschäft war. Wer?! Und die Kundschäft fragt, findet nichts, geht
zur Konturrenz, dort gibt es natürlich Einsergröße, denn dort liegt
ja der Chef nicht im Sterben, man wird nicht bedient und gewöhnt
sich an die Konturrenz. Grenzlose Mut erfachte den Sterbenden.
Er bäumte sich in seinem Bette auf und leuchtete mit der letzten
Anstrengung, deren er noch fähig war, furchtelich heroor: „Auf-
ziehen?“

Der Krz, der gerade in diesem Augenblick im Zimmer war,
konnte sich über diesen letzten Aufschrei eines Kinderkonfektionärs
nicht genug wundern und dachte bei sich: Hier ist nichts mehr aufzu-
ziehen. Deine Uhr ist abgelaufen!

Der Reffe schlich sich aus dem Zimmer und sagte: „Der arme
Onkel! Er ist schwer gestorben.“

Der alte Buchhalter kehrte an seinen tüntenbeflegten Schreib-
tisch zurück. Und als er gerade den Federhalter in das Tintenfaß
eintauchen wollte, fiel ihm ein, daß Winterstrümpfe Einsergröße
schon seit Wochen ausgegangen wären und daß es hoch an der
Zeit sei, eine neue Sendung, wie gehabt, zu bestellen. Was er
sofort, mit einfacher Kopie, befragte.

